

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeitspalte. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 45

Sonntag, den 9. November

1913

Nur keine Illusionen!

Zu glauben, die Reichsregierung werde ihren bekannten Standpunkt zur Arbeiterfürsorge ändern, hieße ihre Aufgabe als Vertreterin der kapitalistischen Gesellschaft vertennen. Aus Opportunitätsgründen mag sie zuweilen ein arbeiterfreundliches Gesicht machen, aber das ist eben nur Gesicht. Die reichsamtliche Sozialreform ist so kümperisch und leerhändig für die Arbeiter, daß man unwillkürlich mit der Nase auf den Gedanken gestoßen wird: Das ist alles nur Schein!

Man mag ein sozialpolitisches Gesetz hernehmen, welches man will, es wird diese Auffassung nur bestätigen. Entweder bietet es neben rückständigen Bestimmungen winzige Vorteile für die Arbeiter, oder die Arbeiter müssen die gebotenen Vorteile erst nachträglich sich noch erkämpfen. Das Heimarbeitgesetz zeigt klaffend für den fast wertlosen Charakter der offiziellen Sozialreform. Wie die Regierung nicht mag, die kapitalistische Ausbeutung zu beschränken, weil ihre Existenz selbst in der kapitalistischen Wirtschaft wurzelt, so wird sie auch nichts tun zur Schablösung der Opfer dieser Wirtschaft.

Nichtsdestoweniger muß die Arbeiterschaft bei jeder Gelegenheit durch entsprechende Handlungen und Forderungen immer aufs neue die Fruchtlosigkeit der amtlichen Sozialpolitik vor der Öffentlichkeit bloßstellen. Das wirkt nachhaltig bei unserer Agitation für die Organisierung der Arbeiter. Je eher sie die Windigkeit der „Arbeiterfürsorge“ der herrschenden Klassen und der Regierung durchschauen, um so eher sind sie für die Organisation zu gewinnen. Gerade die gegenwärtige Krise muß zu diesem Zwecke ausgenutzt werden, denn die von öffentlicher Hilfe verlassenen Arbeitslosen müssen sich in ihrer Bedrängnis in vielen Fällen an ihre eigenen Arbeitskollegen oder deren Organisationen um Hilfe wenden.

Wie wir in der letzten Nummer meldeten, wird die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage eine Interpellation einbringen, die die Regierung auffordert, gegen die um sich greifende Arbeitslosigkeit helfend einzugreifen, insbesondere die Einführung einer Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten.

Raum ist diese Interpellation öffentlich bekanntgegeben, da wird der „Berliner Volkszeitung“ schon mitgeteilt, daß der Reichsfinanzminister oder sein Stellvertreter, der Staatssekretär des Reichsamt des Innern, sie beantworten und über die Einführung der Arbeitslosenversicherung sich ablesen und äußern wird. Natürlich. Schon jetzt könnten wir diese ablehnende Rede skizzieren. Wir hören jetzt schon die alten Einwände, daß es nicht Aufgabe des Reiches, sondern der Einzelstaaten und der Gemeinde sei, die Arbeitslosenunterstützung zu regeln. Gründe — ja Gründe hierfür sind billig wie Brombeeren! Der Hauptgrund für diese Abwälzung ihrer Pflicht auf die Einzelstaaten und die Gemeinden besteht darin, daß sie, die Regierung, die Arbeitslosenunterstützung als eine Art Armenunterstützung betrachtet. Für Armenunterstützung sind die Einzelstaaten und Gemeinden kompetent, sagt man sich in Regierungskreisen, ergo geht uns die Sache nichts an. Noch bei jeder Krise und bei jeder ähnlichen Verhandlung im Reichstage konnte man diese großartige Sozialpolitik wahrnehmen.

In Wahrheit will die Regierung nicht eingreifen, weil sie die Konsequenzen für sich und die kapitalistische Wirtschaft fürchtet. Die Anerkennung der Unterstützungspflicht gegenüber den Opfern der kapitalistischen Ausbeutung bezeugt eine Verurteilung des Systems in sich, das solche Opfer schafft. Schließlich müßte Vorbeugung getroffen werden, die die Opfer mindert — man müßte eine geschliche Festsetzung der Arbeitszeit oder von Minimallöhnen usw. vornehmen. Darum darf kein Schritt getan werden, der andere Schritte nach sich zieht. Sonst würde auch das Unternehmertum noch rebellischer werden, als es jetzt schon ist, weil die Arbeiter durch gewerkschaftliche Selbsthilfe zu erringen suchen, was ihnen der Staat versagt. Staatshilfe, Arbeiterschutz — um Himmelswillen, wo sollte denn das hinaus! Dann wäre es ja mit der unbeschränkten Freiheit der Ausbeutung vorbei! Was man sich jetzt schon alles auf Grund der Gewerbeordnung und anderer trauriger Gesetze gefallen lassen muß — jammern die Ausbeuter; wenn nun gar eine Art Regelung der Produktion gesetzlich in die Wege geleitet werden sollte, dann ist der Sozialdemokratische Zukunftsstaat da! Richtiger wäre es, die Arbeitslosen zu Paaren zu treiben und sie zu zwingen, die Arbeit zur Hälfte des Lohnes, der sonst üblich ist, zu machen. Das ist doch sicherlich besser, als gar nicht zu arbeiten!

Es ist nichts Ungewöhnliches, daß fettglänzende Ausbeuter der Arbeiter so denken. Nach ihrer Ansicht darf die göttgewollte Ordnung der bestehenden Wirtschaft nicht angetastet werden. Der Widerstand dagegen ist ihnen also mit der Regierung gemeinsam. Aber es läßt sich nicht aufhalten, einmal wird es ihn an den Krügen gehen. Vor-

kennt kein Gebot! Wenigstens zwingt sie andere Faktoren, etwas zu tun, wenn die Regierung des Reiches nicht die Pflicht kennt, einzugreifen.

Einzelne Stadtverwaltungen, auch Staaten, müssen sich bequemen, den zum Himmel schreienden Elend Hilfe angedeihen zu lassen. Mag es ein Tropfen auf den heißen Stein sein, aber die Starrheit der Abweisung wird dadurch gebrochen. Und es kommt nur darauf an, wie die Arbeiter selbst ihre Forderungen stellen und ihnen Nachdruck geben. Ohne eiserner Energie und unerschütterliches Vorgehen wird auch das Wenige nicht erreicht, geschweige denn eine gründliche Umgestaltung erzielt. Darüber müssen sich die Arbeiter klar sein.

Vom guten Willen der Regierung oder gar von der Einsicht des Ausbeutertums gründliche Hilfe für die Arbeiter zu erwarten, hieße das Elend der Arbeiterklasse in alle Ewigkeit verschleppen. Unablässiger Kampf der Arbeiter allein ist imstande, gelegentlich Konzessionen zu erzwingen und schließlich die Schranken aller Ausbeutung zu überwinden. Nur im Zeichen des Kampfes ist Erfolg und endlicher Sieg zu erringen!

Tuberkulosewettbewerb.

Die Internationale Konferenz gegen die Tuberkulose ist zu Ende gegangen, ohne daß ein einziger Teilnehmer die Frage der Vorbeugung gegen die mörderische Krankheit ausgerollt hätte. Es ist, als ob ein stilles Nebeneinkommen bestände, an diese Frage nicht zu rühren, weil sonst das ganze Kapitel des Arbeiterschutzes abgehauelt werden müßte. Nur ein Teilnehmer, v. D. i. e. m. b. o. m. s. k. i. (Posen) erklärte, die Tuberkulose sei eine Wohnungsfrage, regte also einseitig nur einen der Liebesstände schüchtern an, ohne indes auf den Grund einzugehen, warum es schlechte Wohnungen gibt. Der Grund ist nämlich derselbe wie bei der Unterernährung, bei überanstrengender Arbeit, ungenügender Kleidung usw.: Ausbeutung der Arbeiter bis aufs Aeußerste!

Solange sie besteht, werden alle Heilmittel, Kuranstalten und andere menschenfreundliche Mittel die Krankheit nicht ausrotten, wenn auch die Sterblichkeit auf ein geringeres Maß gebracht wird. Wir sahen ja im vorigen Artikel über die Konferenz, wie hoch die Sterblichkeitsziffer trotz aller Heilversuche steht.

Man soll nach dem vom Generalsekretär der Gesellschaft, Prof. Pannwitz in Berlin erstatteten Geschäftsbericht künftig in forcierter Weise der Kampf gegen die Krankheit geführt werden. Die Völker sollen an diesem Kampf mehr teilnehmen. Der Antrag der belgischen Liga auf Einführung eines Welttuberkulosewettbewerbs ist vom engeren Rat der Internationalen Vereinigung angenommen worden. Und der Prof. Calmette in Paris machte nähere Mitteilungen über die Einführung dieser Demonstration. Er führte dabei aus:

„In verschiedenen Ländern bestehen bereits derartige Festtage und es werden an ihnen Lotterien veranstaltet, Blumen und kleine Nationalfahnen auf den Straßen verkauft. In diesen Ländern ist die Tuberkulosebekämpfung außerordentlich populär geworden, und es ist daher zu hoffen, daß durch einen internationalen Welttuberkulosewettbewerb die Bewegung überall noch weiter gefördert würde. Die Wahl des Tages soll unabhängig sein von allen politischen, philosophischen oder religiösen Erwägungen. Der Generalsekretär Professor Dr. Pannwitz wird sich mit den Zentralorganisationen der einzelnen angeschlossenen Länder in Verbindung setzen und es soll im nächsten Jahre ein Welttag festgesetzt werden.“ (Zustimmung.)

Wir stehen dieser Absicht sympathisch gegenüber. Nur würden wir raten, diesen Tuberkulosewettbewerb auf den 1. Mai zu verlegen. Dann dürfte ihm ein großartiger Erfolg zu versprechen sein. Die Arbeiter würden das Fehlende an der Demonstration durch ihre Arbeiterschuttforderungen ergänzen. Wenn es auf gründliche Bekämpfung der Krankheit durch die Völkermassen ankommt, kann dieser Vorschlag nur begrüßt werden. Zeigt er doch, wie ernst es uns um die Sache ist. Die Sachverständigen in der Heilbehandlung würden mit den Sachverständigen der Ursachenergründung der Krankheit gemeinsam arbeiten, so daß man endlich mit den Mitteln der Vorbeugung und der Heilbehandlung zugleich die Krankheit bekämpfen könnte, zumal uns das Mittel der Vorbeugung als das Wichtigere erscheint.

Doch geben wir uns nicht der leichtesten Hoffnung hin, daß alle die Menschenfreunde, die den Tuberkulosewettbewerb einführen wollen, auf unsern Vorschlag eingehen werden, obgleich es die Arbeitermassen sind, die den Massenmörder Tuberkulose vor allem zum Opfer fallen. Es würde nicht schwer halten, sie als eifrige Mitkämpfer den Herrschaften von der Internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Tuberkulose an die Seite zu stellen. Will es uns doch

scheinen, daß nur durch ein solches Handinhandgreifen der Betroffenen und der Helfer Großes erzielt werden kann.

Inbezug, da dies kaum geschehen und der Tuberkulosewettbewerb jedenfalls auf einen anderen Termin, als den 1. Mai verlegt wird, so wird den Arbeitern nichts anderes übrig bleiben, als ihrerseits alles zu tun, um die Bedeutung des Kampfes gegen die Tuberkulose zu erhöhen. Sie werden gut tun, dann selbständig eine Propaganda für ihre Arbeiterschuttforderungen am Tuberkulosewettbewerb zu entfalten. Zweifellos werden sie damit die Bedeutung des Tages erhöhen und haben somit Gelegenheit, zweimal im Jahre für ihre Forderungen zu manifestieren, die ja auch internationale Anerkennung unter den Arbeitern der ganzen Welt gefunden haben.

Her mit dem Achtstundentag, der dem strapazierten Körper Ruhe zur Sammlung seiner für die Arbeit nötigen Kräfte gewährt!

Fort mit der Kinderarbeit, die den Keim der Tuberkulose in das junge Leben pflanzt!

Schonung der Frauen vor schwerer Arbeit, die den mütterlichen Körper verhindert, kräftige Nachkommen zu erzeugen!

Fort mit der Hausarbeit, die die Tuberkulose zu einer Wohnungsfrage macht!

Höhere Löhne her, die eine kräftige Ernährung und gesundheitliche Wohnungen ermöglichen!

Das sind die Forderungen, die das Verständnis der Massen für die Bekämpfung der Tuberkulose ungemein heben, Forderungen, die in der bürgerlichen Gesellschaft unerschwer zu erfüllen sind, wenn die maßgebenden Kreise nur einigen guten Willen zur Erfüllung dieser Forderungen bezeugen.

Da man übrigens die Herren Sachverständigen der Internationalen Tuberkulosekonferenz nicht so gering schätzig bewerten kann, als ob sie selbst an eine Ausrottung der Tuberkulose durch Heilbehandlung allein glaubten, so liegt den Arbeitern die Pflicht ob, sie für die Vorbeugungsmethode mehr zu interessieren und sie zu Befürwortern der elementarsten Arbeiterschuttforderungen zu gewinnen. Dazu wird der Tuberkulosewettbewerb die beste Gelegenheit bieten. Möge er also bald eingeführt werden; er wird sich neben dem 1. Mai sehen lassen können, wenn die Arbeiter ihre Aufgabe richtig anfassend.

Rundschau.

Fabrik und Handwerk. Der Reichsfinanzminister hat den Zentralverband deutscher Industrieller, den Bund deutscher Industrieller und den Deutschen Handelstag zur Teilnahme an einer am 17. November stattfindenden Versammlung eingeladen, die sich mit der Frage der Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk beschäftigen wird. Der Reichsfinanzminister hat den eingeladenen Organisationen gegenüber darauf hingewiesen, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, wenn noch weitere Fragen in den Kreis der Verhandlungen gezogen würden.

Die Arbeiterorganisationen einzuladen, hält der Herr Reichsfinanzminister natürlich nicht für notwendig, obwohl durch eine andre Fassung des Fabrikbegriffes die Interessen der Arbeiterschaft stark berührt werden. Das Bestreben der Zünftler geht darauf hinaus, den Begriff der Fabrik enger, den des Handwerks aber weiter zu fassen. Das aber bedeutet, daß für eine sehr große Anzahl von Arbeitern, besonders für die Jugendlichen und Arbeiterinnen, die bestehenden Arbeiterschuttforderungen einfach außer Kraft gesetzt werden. Diese Interessen zu schützen, hält die Reichsregierung offenbar die Unternehmerorganisationen für die geeigneten Instanzen.

Die Abschmelzung des Koalitionsrechts. Was auf geradem Wege nicht zu erzwingen ist, versuchen die Herrscher des Ausbeutertums auf krummem zu erreichen. Handlich im Reichstage bis jetzt keine Mehrheit zur Abwägung des Koalitionsrechts — wozu ist denn schließlich der Bundesrat da mit seinem schönen Rechte, allerhand Verordnungen loszulassen? Also Bundesrat heraus! So sprach der Geschäftsführer des Hansabundes, Freiherr v. Richtig in einer öffentlichen Versammlung im heiligen Köln. Der Schutz der Arbeitswilligen könne durch technische Maßnahmen auf Grund einer allgemeinen Funktion, die im Bundesrat auszuarbeiten sei, erfolgen. Ein weiteres Mittel zum Schutz der Arbeitswilligen sei eine Verschleierung des Strafverfahrens und Anwendung der Strafbestimmungen gegen Terrorismus und Boykott, nicht aber ein Ausnahmegesetz.

Selbstverständnis! Wozu ein Ausnahmegesetz, wenn alle staatlichen Faktoren angewiesen werden, die Arbeiter und ihre Organisationen als unter Ausnahmeständen stehend zu behandeln? Ein besonderes Ausnahmegesetz wirkt nur auftragend auf die Geknechteten. Stehen sie aber

formell unter dem sogenannten gemeinen Recht, so ist der Schein der Unparteilichkeit gewahrt — glauben wenigstens die Herren vom Schlot und Kuponschere. Womit sie sich natürlich gründlich täuschen werden. Aber bezeichnend ist diese Kampfsweise für die „vornehme Kampfesführung“ des Hansabundes, mit der er sich sonst so gern brüsst.

Die konservative Abneigung gegen das Reichstagswahlrecht kommt gewöhnlich nach vollzogenen Wahlen aus den gepreßten Herzen. So schreibt auch jetzt wieder das Organ des Herrn v. Heydenbrand, die Schließ. Btg.:

Wir stehen allerdings auch auf dem Standpunkt, daß das Reichstagswahlrecht ein ausgesprochen klassenfreundliches Wahlrecht ist, und zwar einzig und allein zugunsten der beschlossenen Klasse. Darum das Elend unseres Parlamentarismus und vor allem das Wachstum und die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie. Wir würden uns auch keineswegs scheuen, die Konsequenzen daraus zu ziehen, wenn zur Durchsetzung dieser Forderung irgendwelche Mittel vorhanden wäre.

Klassenfreundlich nennt offenbar der Herr v. Heydenbrand jedes Wahlrecht, bei dem die Konservativen schlechte Geschäfte machen. Das preussische Dreiklassenwahlrecht wird er natürlich nicht für ein ausgesprochen klassenfreundliches Wahlrecht erklären! In dem Kopf eines preussischen Junkers malt sich eben die Welt anders, als in den Schädeln gewöhnlicher Sterblicher.

Fürsorgezöglinge als Lohnbrüder. Die preussische Eisenbahnerverwaltung läßt zurzeit die Strecke Hamm-Löhne (Teilstrecke der Linie Köln-Berlin) viergleisig ausbauen. Das wäre eine sehr gute Gelegenheit, den Tausenden von Arbeitslosen Lohnen und Verdienst zuzuführen; aber wer annähme, daß bei der Vergütung der Arbeiter hierauf besonders geachtet würde, der wäre sehr im Irrtum. Die Arbeiter erhält der Unternehmer, der am wenigsten fordert.

Die Unternehmer suchen bei den niedrigen Preisen sich nun dadurch schadlos zu halten, daß sie nicht die gewerbsüblichen Löhne zahlen. Sie drücken ganz systematisch die Löhne, und da trotz der Arbeitslosigkeit ein deutlicher Arbeiter meist eine Grenze kennt, die er nicht überschreitet, so werden vielfach ausländische Arbeiter herangezogen. Das in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges!

Aber es kommt noch besser! Jetzt wird bekannt, daß der Leiter der Erziehungsanstalt in Schweicheln (Westfalen) an die Bahnverwaltung mit dem Angebot herantreten ist, Fürsorgezöglinge bei den Erdbarbeiten zu beschäftigen. Die Bahnverwaltung wies ihn an die privaten Unternehmer, da sie selbst diese Arbeiten nicht ausführe. Und die Unternehmer hatten natürlich für dies billige Angebot, daß ein Pastor vermittelte, Verständnis und stellten die Zöglinge der Erziehungsanstalt ein, die dann allerdings zum Teil ausgeüßt sind!

Ein bezeichnendes Bild zu dem Gerede von der Arbeiterfürsorge des preussischen Staates! Hier, wo er die beste Gelegenheit hatte, in umfassender Maße für die Heranziehung deutscher Arbeiter und für anständige Arbeitsbedingungen zu sorgen, da wird nicht nur der Massenbezug ausländischer Arbeitskräfte gebudet, sondern da geht man sogar über, durch Verwendung von Fürsorgezöglingen in unerhörtester Weise die Löhne zu drücken. Ja, was kann eben von Preußen für die Arbeiter Gutes kommen!

„Die gesicherte Existenz“ der Arbeiter. Ein Eisenbahnarbeiter, also auch noch ein Staatsarbeiter, dessen Existenz nach dem kaiserlichen Auspruch ja doppelt gesichert sein sollte, schrieb an einen Gastwirt in Görlich, von dem seine Kinder seit Jahren die Semmel- und Brotreste abholen durften, folgenden Brief:

„Sehr geehrter Herr! Vor zwei Jahren auf Ihre werthe Offerte aufmerksam geworden, durften meine Kinder die Semmel- und Brotreste für ein kleines Entgelt holen; ich spreche hiermit meinen herzlichsten Dank dafür aus. Seit ein paar Wochen, wo meine Kinder fast alle Tage nachgefragt haben, hat uns leider diese Wohlthat verlassen, was uns auch sehr schmerzlich betrifft, denn es hat sich auch schon sehr fühlbar gemacht. Ich bin Vater von vier Kindern, Eisenbahnarbeiter, und der Lohn reicht bei den jetzigen Verhältnissen auch bei den bescheidensten Ansprüchen nicht aus. Ich bitte daher ergebene, mir doch diese bescheidene Anfrage nicht übel zu nehmen, meiner Familie auch fernerhin dieses Wohlwollen angebeihen zu lassen und womöglich Tage und Zeiten bestimmen zu wollen, wo wir uns die Lebensmittelliberreste für ein kleines Entgelt auch weiter holen dürfen, es sei, was es sei, es wird alles mit dem größten Dank entgegengenommen.“

Hochachtungsvoll
(Name)

Ein Kommentar zu diesem Dokument von der Not des Volkes ist überflüssig.

Nieder mit den organisierten Arbeitern! Schreibt jetzt das Ausbeuterium an allen Ecken, da kann natürlich der famose Reichsverband auch nicht schweigen. Er forderte daher auf seiner jüngst stattgehabten Tagung in Breslau erhöhten Arbeitswilligen Lohn und Verbot des Streikpostens, sowie Verbot des Boykotts gegen Gewerbetreibende. Die Sozialpolitik dürfe nur in einer Weise weitergeführt werden, die „der Sozialdemokratie nicht einen Nachteil in die Hände“ gebe. Gegen eine öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung bestanden schwere Bedenken; nur eine Arbeitslosenfürsorge (also Armenunterstützung mit dem bekannten Entzug politischer Rechte) könne in Betracht kommen.

Diese Erklärung des Reichsverbandes ist für die Arbeiterklasse erfreulich; sie zeigt dieses erhebende Gebilde Lieberlicher Gestaltungskraft in seiner wahren Natur. Wenn noch hier und da Arbeiter glaubten, hinter den nationalen Phrasen der Reichsverbände stehe wirklich so etwas wie ehrliche Sorge um Volk und Vaterland, so zeigt die Breslauer Tagung, daß unter dem berühmten „Schutz der heiligsten Güter der Nation“ nicht andres zu verstehen ist, als Aufrechterhaltung und Erweiterung unbedingter

Ausbeutungsfreiheit des Kapitals. Diesem edlen Zweck dient der Reichsverband.

Arbeitslosenunterstützung in Dresden. Der Rat der Stadt Dresden hat in seiner letzten Sitzung zur Gewährung von Arbeitslosenunterstützungen ein Berechnungsgeld von 20 000 M. bewilligt. Bereits im Jahre 1909 waren vom Rate für diesen Zweck 30 000 M. bewilligt worden, und man rechnete damals mit einem jährlichen Bedarf von 5000 M. Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit hat aber schon vor der Zeit eine Neueinstellung von Mitteln notwendig gemacht. Die Verteilung der Arbeitslosenunterstützungen wird durch die Organe der Armenverwaltung vorgenommen, indessen tragen die Unterstüzungen nicht den Charakter der Armenunterstützung. Der städtische Zentralarbeitsnachweis soll zur Kontrolle der Arbeitslosigkeit während der Zeit der Arbeitslosenunterstützung eine Hilfskraft erhalten.

Eine christliche Legende. Eine der am meisten gebräuchten Behauptungen in der christlichen Gewerkschaftsagitation ist die, daß dort, wo die christlichen Gewerkschaften dominieren, die Löhne durchgängig höher seien als dort, wo die freien Verbände ihre Kerntuppen haben. Ganz besonders wird diese Agitationsphrase vom christlichen Textilarbeiterverband gemacht. Herr Schiffer sowohl wie die Hunderte kleinen und kleinsten Agitatoren tragen alljährlich tausendmal diese Behauptung in den Versammlungen vor, und alle ihre Zeitungen wiederholen sie von Zeit zu Zeit. Aber erlogen, wie die christliche Agitation, ist auch die Behauptung von den hohen Löhnen in den christlichen Domänen. Es soll das bewiesen werden in der Darlegung der Lohnverhältnisse der Textilindustrie. Die christlichen Agitatoren stützen sich bei ihren Behauptungen auf die Ergebnisse der Rechnungsübersichten in den Berufsvereinigungen der Textilindustrie. Nun sind die Löhne nach diesen Angaben allerdings in den verschiedenen Distrikten des Reiches sehr unterschiedlich. Die rheinisch-westfälische Textil-Berufsvereingung verzeichnete im Jahre 1911 einen Verdienst von 927 M. pro Kopf. Damit stand sie an der Spitze aller Textilberufsvereinigungen. Nach ihr folgte die norddeutsche Textilberufsvereingung mit 863 M., die sächsische mit 791 M., die elbsächsische mit 778 M., die süddeutsche mit 714 M., und die schlesische mit 627 M.

In Rheinland-Westfalen dominiert der christliche Textilarbeiterverband; es könnte demnach scheinen, als ob tatsächlich in den christlichen Domänen die Löhne durchweg alle übrigen im Reich überragen. Daß das nicht der Fall ist, wird sofort klar, wenn man die Löhne der rheinisch-westfälischen Textilberufsvereingung getrennt nach Sektionen betrachtet. Danach betragen pro Kopf die Löhne in der rheinisch-westfälischen Textilindustrie: in Sektion Barmen 1101,10 M., Elberfeld 1010,50 M., M.-Gladbach 897,20 M., Düsseldorf 884,30 M., Kempen 864,40 M., Aachen 860,90 M., Münster 830,60 M.

Hier zeigt sich, daß die beiden Hochburgen der Zentrumsvereinigungen, Aachen und das Münsterland, weit hinter den von den freien Gewerkschaften beherrschten Barmen, Elberfeld, Düsseldorf usw. stehen, sie rangieren an letzter Stelle. Die Löhne in Aachen und Münster, diese beiden christlichen Domänen, stehen aber auch nur wenig über den Löhnen in Sachsen. Wenn die Möglichkeit vorhanden wäre, die schlechtentlohnende sächsische Oberlausitz von dem übrigen Sachsen zu trennen, würde dieser Vorsprung sofort verschwinden.

Bei Betrachtung der Arbeiterlöhne in den verschiedenen Distrikten ist jedoch die geschichtliche Entwicklung derselben mit zu berücksichtigen. Die linksrheinische Entwicklung der Textilindustrie wurde außerordentlich befruchtet durch die Einverleibung in die französische Republik im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts. Die Nachfrage nach Arbeitern dabeilbst und damit der Lohn stieg. Umgekehrt wurde die Entwicklung des übrigen Deutschlands gehemmt durch die Aufrichtung hoher Zollmauern um Frankreich und zum Teil durch die Kontinental Sperre.

Noch besser wird der Rückstand der christlichen Domänen gekennzeichnet, wenn man die prozentuale Steigerung der Löhne ins Auge faßt. Prozentual sind die Löhne nach den Ergebnissen der Textilberufsvereinigungen gestiegen seit dem Jahre 1888: in Sachsen von 515 M. auf 791 M. gleich 53 Prozent, in Norddeutschland von 546 auf 863 M. gleich 58 Prozent, in Schlesien von 648 auf 927 M. gleich 43 Prozent. In Elsaß und in Süddeutschland stiegen die Löhne nur um 32 respektive 29 Prozent. Das Rheinland steht also in der Steigerung zurück hinter Sachsen und Norddeutschland.

Aus alledem ist ersichtlich, daß die katholischen Arbeiter alle Ursache haben, zu prüfen, ob die christlichen Gewerkschaften den materiellen Aufstieg nicht eher hindern als fördern.

Terrorismuszwinkel. Vor einiger Zeit berichteten die „Kreuzzeitung“ und einige ihr geistesverwandte bürgerliche Blätter von einem Terrorismusfall in Kaiserslautern, verübt von Mitgliedern des Zimmererverbandes. Christliche Bauarbeiter sollten dort beim Kasernenbau, weil sie dem roten Terror, in den Verband der Zimmerer einzutreten, nicht folgten, beschimpft und mißhandelt worden sein. Nach eingeholten Erkundigungen verhält sich die Sache wie folgt: Am Kasernenbau war Mangel an Zimmerern vorhanden. Die ausführenden Firmen suchten in der Umgebung Zimmerer. Es meldeten sich zwei früher selbständig gewesene Zimmerer mit ihren vier Söhnen. Die Organisation der Zimmerer hat in Kaiserslautern wesentlich mit dazu beigetragen, daß die Löhne im Baugewerbe bessere geworden sind, und so war es ganz natürlich, daß die am Bau beschäftigten Mitglieder des Verbandes der Zimmerer die Zugereisten fragten, ob sie organisiert seien. Auf die Antwort, daß sie nicht organisiert seien, wurde ihnen erwidert, daß niemand ernten soll, ohne gesät zu haben, sie als gute Christen würden diesen Grundsatz doch wohl anerkennen und sich dem Verbande der Zimmerer anschließen. Die Zugereisten erklärten sich auch sofort dazu bereit, fanden aber immer nicht die Zeit dazu, dem Verbande beizutreten. Der Vertreter des christlichen Bauarbeiterverbandes hatte diesen sechs daselbst gesagt, er schimpfte aber in grober Weise auf die Mitglieder des Ver-

bandes der Zimmerer. Da die Beladigung nicht zurückgenommen wurde, machten die Verbandsmitglieder, die nicht Lust hatten, unter solchen Umständen weiterzuarbeiten, Feierabend. Das zu tun war ihr Recht, und wenn der Unternehmer dabei Unannehmlichkeiten hatte, so mag er sich bei den Christlichen bedanken. Als die sechs wegen ihres Wortbruchs zur Rede gestellt wurden, wurden sie frech, bedrohten die Verbandsmitglieder mit Prügel, und wenn es nicht zu einer Schlägerei gekommen ist, dann war das den Mitgliedern des Verbandes der Zimmerer zu danken. Doch die sechs waren einmal in rauschhafter Stimmung, ließen den Verbandsmitgliedern nach und schlugen sie von hinten mit Bierflaschen und einem Kreuzpfeil. Einem Verbandsmitgliede wurde eine Bierflasche auf dem Kopfe zerschlagen. Die Raufbolde sind der Staatsanwaltschaft übergeben. Bei der gerichtlichen Aufhebung der Sache wird es sich zeigen, daß es mit dem Terrorismus der roten Zimmerer wieder einmal nichts ist.

Streikbrecher auf schwarze Listen. Bisher war nur bekannt, daß die Unternehmer bei Arbeitskämpfen schwarze Listen deshalb herausgeben, um es den Streikenden unmöglich zu machen, sich anderweitig Arbeit zu verschaffen. Eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Stuttgart-Umt lieferte aber weiter den Beweis, daß die Unternehmer auch im Betriebe verbietende Arbeitswillige gleich mit namhaft machen, um auch denen die Möglichkeit zu nehmen, etwa anderweitig Arbeit suchen zu können, und sie somit an den Betrieb zu fesseln. Vor dem genannten Amtsgericht fand eine Beladigungsfrage statt, die der Direktor Teufel der „Sanitaria“ (Fabrik chirurgischer Instrumente in Ludwigsburg) gegen einen Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes angestrengt hatte. Unter andern Fragen wurde auch die Frage an den Direktor gestellt, ob es zutreffend sei, daß auf den von ihm an andere Unternehmer der Metallindustrie herausgegebenen schwarzen Listen auch Namen von solchen Arbeitern verzeichnet gewesen seien, die am Streik unbeteiligt waren. Direktor Teufel gab das zu und bemerkte, daß es deswegen geschähe, damit die Nichtstreikenden wo anders keine Arbeit erhalten! Dies machten übrigens alle Unternehmer so bei einem Kampf. — Auf eine Zwischenbemerkung des Vorsitzenden, daß dies doch nicht schön wäre, auch diejenigen Arbeiter, die nicht streikten, auf die schwarze Liste zu setzen, erwiderte Direktor Teufel: „Das läßt sich mal nicht ändern. Die Sache ist nämlich so: Diejenigen, welche nicht mitstreikten, werden von den Streikposten gewöhnlich bearbeitet, die Arbeit auch niederzulegen, oder sie suchen sich von selbst wo anders schriftlich oder unter der Hand Arbeit. Und um nun zu verhindern, daß sie wo anders eingestellt werden, und um zu erreichen, daß sie dableiben müssen, deshalb tut man alle Arbeiter auf die schwarze Liste; denn Krieg ist nun mal Krieg.“

Es nicht also nicht einmal, den Streikbrecher zu machen. Der Unternehmer dankt es ihm nicht, aber er versucht, den Arbeitswilligen durch Verurteilung an seine Firma zu binden. Was fragt der Unternehmer nach der Existenz des ihm trenn ergebnen Klausuriers, die ist ihm gleichgültig. Wenn die Arbeitswilligen daraus noch nicht lernen, welche traurige Rolle sie in den Augen der Unternehmer selbst spielen, dann dürfte ihnen schlechterdings nicht zu helfen sein.

Die Volksfürsorge auf dem Vormarsche. Die Volksfürsorge teilt uns mit, daß im Hauptbureau bis jetzt über 42 000 Versicherungsanträge eingegangen sind. Am 29. Oktober erreichte die Zahl der täglich eingehenden Anträge die Höchstziffer 1120. Diese Ziffer beweist, daß bezüglich des Neuzuwachses die Volksfürsorge bald den größten Gesellschaften gleichgestellt sein wird, und das trotz aller gegen sie betriebener gehässigen Agitation.

Für die Freunde der Volksfürsorge im Lande dürfte diese Mitteilung ein neuer Ansporn sein, mit verdoppeltem Eifer ans Werk zu gehen, damit sie in kürzester Frist allen Versicherungsgesellschaften voran an erster Stelle marschiert.

Bericht

der Öffentlichen Bibliothek und Lesehalle Berlin über das 14. Betriebsjahr vom 25. Oktober 1912 bis 24. Oktober 1913.

Die Öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin SO., Alalherstraße 41, hat am 24. Oktober d. J. ihr 14. Geschäftsjahr beendet. Der stetige Fortschritt in der Wirksamkeit des Instituts, über den seit der Begründung regelmäßig berichtet werden konnte, hat erfreulicherweise auch im abgelaufenen Jahre angehalten. Der Verehrer widmete sich dank der praktischen Einrichtungen in ruhigen Tagen ab, obwohl die Bibliothek während der täglichen 4 1/2 stündigen Betriebszeit äußerst stark in Anspruch genommen wurde.

Das Institut wurde seinerzeit zugunsten der Arbeiterklasse Groß-Berlins begründet, und es ist erfreulich, feststellen zu können, daß 65 Prozent der Leser aus gewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen bestehen. Die Handelsangestellten beiderlei Geschlechts bilden 22 Prozent der Benutzer, während die restlichen 23 Prozent des Leserkreises sich auf die liberalen Berufs, Beamte, Lehrer, Studenten und Personen ohne Beruf verteilen. Die Zahl der seit Eröffnung der Bibliothek ausgetretenen Lesarten beläuft sich auf 23 654 Stück, von denen im Berichtsjahre 4411 in Benutzung waren.

Wie die nachfolgende statistische Uebersicht ergibt, ist die Nachfrage nach belehrendem Lesestoff gegen das Vorjahr wiederum gestiegen. Dieser Erfolg dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Verwaltung es sich angelegen sein läßt, einen Kontakt mit den Lesern zu schaffen und diese durch entsprechende Hinweise zu nutzbringender Lektüre anzuregen. Als besonders fördernd hat sich auch eine täglich wechselnde Ausstellung von Schriften zur Einführung in die verschiedenen Wissensgebiete oder wichtige Tagesfragen bewährt. Diese Ausstellung führt dem Besucher die Reichhaltigkeit der Bibliothek ständig vor Augen und gibt ihm Gelegenheit, sich durch eigene Anschauung über den Inhalt der Bücher zu unterrichten, bevor er sie entleiht.

In der Anleihsbibliothek wurden im 14. Berichtsjahre 70 899 Bände nach Hause verliehen gegen 69 012 Bände im Vorjahre. In Verlust geraten sind 19 Bände. Von der Gesamtzahl der Entleihungen entfallen 45 963 Bände auf Sachliteratur und 24 936 Bände auf belehrende Literatur. An letzterer Zahl sind die einzelnen Wissenszweige in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 4388, Geographie 3110, Naturwissenschaften 5093, Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 3075, Gewerbelehre, Technik 3290, Philologie, Religion, Pädagogik, Sport 2815, Kunst, Musik, Literaturgeschichte usw. 2715 Bände. Die verlangten wissenschaftlichen Bücher machten im Berichtsjahre 35 Prozent aller Entleihungen aus. Insgesamt sind im 14. Jahre 85 851 Bände in und außer dem Hause entlehnt worden; in den 14 Betriebsjahren zu-

Carifverträge in der Zigarrenindustrie.

Das Bestreben der organisierten Tabakarbeiter geht dahin, geordnete und auch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Beruf zu schaffen. Daß die Löhne der Tabakarbeiter unzureichend sind, mag heute eigentlich kein vernünftiger Mensch mehr zu bestreiten, es sei denn, daß er seine Profitsucht als auf Not und Leid anderer begründet betrachtet. Von welcher Seite man auch die Sache betrachten mag, so kann doch auch von Nichttabakarbeiterseite einer Hebung der wirtschaftlichen Lage der Tabakarbeiter nicht widersprochen werden. Demnach müßten sich auch die Unternehmer der Tabakindustrie die Frage vorlegen: Was können wir zum sozialen Aufstieg der Tabakarbeiter tun? Zumeist manche Leute unter unseren Fabrikanten sind, die sich auf ihre liberale, soziale oder menschenfreundliche Anschauung etwas zugute tun; die von sich glauben, wunder was am nationalen Fortschritt mitzuarbeiten. Aber bei unseren Fabrikanten gilt auch das bekannte Wort: Heil'ger Florian, verschone mein Haus, zünd' das des Nachbarn an! Man hat nämlich noch nichts davon gehört, daß unsere Fabrikantenorganisationen auch nur eine Hand gerührt hätten, das Los der armen Tabakarbeiter zu verbessern.

Die Organisation der Arbeiter, der Deutsche Tabakarbeiter-Verband, verfolgt nicht nur den Zweck, die Lebenslage der Tabakarbeiter durch Erreichung höherer Löhne und sonstiger Verbesserungen im Arbeitsverhältnis zu heben, sie hat sich auch zum Ziel gesetzt, eine gewisse Ordnung in die Lohnverhältnisse hineinzubringen. Deshalb wird seit mehreren Jahren vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband der Abschluß von Tarifverträgen propagiert. Die Zweckmäßigkeit, geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse mittels des Tarifvertrages zu schaffen, haben die organisierten Tabakarbeiter bald ein, was sehr begreiflich ist; denn sie wissen, daß im kapitalistischen Zeitalter nur die organisatorische Regelung der Dinge einen praktischen Erfolg verspricht. In unserer Industrie ist von Unternehmerseite auf den Tarifvertrag bisher nicht nur wenig Wert gelegt worden, sondern gar mancher wird mit Geringschätzung und Lächeln auf dieses Beginnen herabgesehen haben. Hat man doch dem Verband vorgehalten, er könne beim Tarifvertrag nicht als vollwertiger Kontrahent in Frage kommen, da er keinerlei Garantie für die Einhaltung der Abmachungen zu leisten in der Lage sei. Es ist uns allerdings immer Geheimnis geblieben, womit denn die Unternehmer ihre besondere Vertrags-treue beweisen wollten. Nun, die Tarifpropaganda des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes ist belauertlich nicht fruchtlos geblieben, denn am Ende des Jahres 1912 arbeiteten bereits 6196 seiner Mitglieder unter Tarifverträgen. Das ist gewiß noch lange nicht genügend, aber bei der sozialen Rückständigkeit des Durchschnittsunternehmers im Tabakgewerbe beachtenswert.

Nun beschäftigt sich die Südd. Tabakzeitung in ihrer Nr. 130 mit den Tarifverträgen in der Zigarrenindustrie. Das Blatt hält es mit Rücksicht auf die immer wiederkehrende Forderung nach tarifmäßigen Löhnen für geboten, zu untersuchen, ob diese Forderung in „gerechter und auch für die Arbeiter zuträglich Form“ überhaupt erfüllt werden kann. In der Zigarrenindustrie sei das Akkordsystem üblich, das in absehbarer Zeit wohl nicht durch das Zeitlohnsystem, das einem schematischen Lohnsatz weniger Schwierigkeiten mache, ersetzt werde. Demnach müsse also das Akkordsystem als Grundlage für die Unternehmung gelten. Daraufhin wird weiter gesagt: „Ein Tarif für Akkordlöhne kann aber nur dann wertvoll sein, wenn in demselben alle Bedingungen Berücksichtigung finden, unter welchen die zu erfassenden Arbeitsleistungen ausgeführt werden können und müssen. Bleibt auch nur eine dieser Vorbedingungen außer Betracht, so hat der ganze Tarif ein Loch, und er ist unbrauchbar.“ Wir sind nun freilich der Meinung, daß in der Zigarrenindustrie ein Tarifvertrag sich nicht reiflos auf alle Bedingungen, unter welchen die Arbeitsleistungen ausgeführt werden, beziehen kann, da es dieser Bedingungen so mancherlei und viel gibt, daß sie vertraglich kaum zu fassen sind. Um nur eins zu nennen: Die Behandlung der Arbeiter; sie kann einen starken oder minderen Einfluß auf die Verdienstmöglichkeit haben. Der oben zitierte Satz der Südd. Tabakzeitung ist also an sich nicht unrichtig. Es kommt aber auf das Maß dieser Bedingungen an. Wenn es möglich ist, alle Bedingungen zu berücksichtigen, unter denen die zu erfassenden Arbeitsleistungen ausgeführt werden können und müssen, um so viel besser wäre es natürlich für die Vertragsschließenden. Aber weil man in der Zigarrenindustrie nicht alles und jedes berücksichtigen kann, wie es auch mehr oder weniger in anderen Gewerben mit stark entwickelter Tarifpolitik der Fall ist, so braucht das noch lange kein Grund zur generellen Ablehnung korporativer Arbeitsverträge zu sein. Die Südd. Tabakzeitung erläutert dann ihre Anschauung an einigen Beispielen. Nachdem sie zunächst über die Wirkung eines Lohnschemas beim Abtippen unter Berücksichtigung der verschiedenen Artung des Tabaks geschrieben, fährt sie fort:

Wie will man für den Wickelmacher die Verschiedenheit des Umblatts und des Einlagematerials, wie die Tausende von Fassons, bei welchen selbst geringe Abweichungen oft große Veränderungen der Arbeitsleistungen verursachen, in ein Tarifschema einordnen? Würde etwa ein Tarif, welcher z. B. den Lohn für Wickeln aus Java-Umblatt und gemischter ausländischer Einlage bei einem Fasson von 110 mm Länge, 15 mm stärkstem Durchmesser und 5 mm dickem Brandende festsetzt, auch nur irgendwie den immerwährenden Merkmale möglichen unregelmäßigen Variationen in einigermäßen gerechter Weise Rücksicht tragen? Diese Frage ist in noch weit höherem Maße betrefend der Lohnartifizierung für die Anfertigung von Zigarren berechtigt. Man hat hier den Ausweg vorgeschlagen, die Löhne nach der Art des Deckblattes (Sandblatt, Sämlatt und schwere Tabaksorten mit Lohnausschlag) sowie nach dessen all-

meiner Ergiebigkeit zu tarifieren. Dabei wird aber übersehen, daß manches Sandblatt leichter zu verarbeiten ist, als schlecht gewachsenes Sämlatt, und daß ein nicht stark verlestes Sämlatt in dieser Hinsicht manchem z. B. krausrippigem Vollblatt vorzuziehen ist. Die Ergiebigkeit des Deckblattes schlechthin kann aber auch nicht als Unterlage angenommen werden aus Gründen, welche wir bei früherer Gelegenheit an dieser Stelle besprochen haben und heute nur andeuten möchten, nämlich wegen der geheimen Verabredungen.

„Die geheimen Verabredungen“ wollen wir für diesmal laufen lassen, aber an sich hat das Blatt, wie schon gesagt, in der Differenzierung der Verdienstmöglichkeit unter Berücksichtigung nicht nur des Fassons, des Roh-tabaks, sondern noch mancher anderer Umstände durchaus recht. Und es ist nicht zum Schaden für die Tabakarbeiter-schaft, wenn alle diese auf den Verdienst wirkenden Umstände bei der Lohnfestsetzung Berücksichtigung finden. Wenn da nun die Südd. Tabakzeitung schreibt, daß die Forderung tarifmäßiger Löhne auch daraufhin untersucht werden müsse, ob sie „in gerechter und auch für die Arbeiter zuträglich Form“ erfüllt werden kann, so möchten wir uns zu fragen erlauben: Werden denn heute ohne tarifmäßig festgesetzte Löhne „alle Bedingungen berücksichtigt, unter welchen die Arbeitsleistungen ausgeführt werden können und müssen?“ Ist das jetzige System denn gerechter? Bitte, wo sind die Fabrikanten, die bei schlechtem Umblatt, schlechtem Deckblatt, bei Abweichungen vom Fasson, bei sparsamerem Arbeiten, bei Schikanierung in bezug auf Eleganz und was sonst noch alles verdiensthindern ist, einen Ausgleich durch entsprechende Lohn-erhöhung für nötig halten! Wenn es wirklich einmal 25 und 50 % für schlechteren Tabak mehr gibt, dann ist es auch schon sehr schlimm, und meistens müssen die Arbeiter deshalb dem Fabrikanten erst recht deutlich auf die Nöhneraugen treten. Bei weniger bedeutenden Dingen wird natürlich erst recht nicht an einen Lohnausgleich gedacht, obgleich jeder weiß, daß auch dann Zigarrenarbeiter und Wickelmacher zur Verzweiflung getrieben werden können. Wir freuen uns darüber, daß auch die Südd. Tabakzeitung einmal festgestellt hat, daß es so viele Möglich-keiten in der Zigarrenindustrie gibt, die hemmend auf den Verdienst der Arbeiter wirken. Wir schreiben erst vor ein paar Wochen gelegentlich eines Aufsatzes über Löhne und Leistungen der Tabakarbeiter in ähnlichem Sinne. Freilich sieht die Südd. Tabakzeitung diese zu berücksichtigenden Möglichkeiten erst, wenn es sich um Lohn tar if- verträge handelt, während wir meinen, daß sie auch ohne Tarifverträge beachtet werden müssen.

Kann man nun im Tarifvertrag nicht sofort alles Wünschenswerte fassen, so bent man eben auf einer gewissen Grundlage weiter; es sei denn, man hat noch andere Gründe zur Ablehnung in der Hinterhand, die man nicht anzusprechen wagt. Jeder weiß, daß z. B. der heutige Buchdrucker tarif auch erst allmählich angefaßt wurde. Gewiß ist es ein Hindernis, daß die Arbeiter der Zigarrenindustrie fast ausschließlich im Akkordsystem beschäftigt werden, aber das Hindernis ist wahrhaftig nicht unüberwindlich. Vielleicht denkt die Südd. Tabakzeitung bei ihrer Argumentation an einen sogenannten Reichstarif in der Zigarrenindustrie; dann möchten wir bemerken, daß dazu auch für uns die Vorarbeiten im Augenblick noch nicht genügen, aber für bestimmte Lohngebiete läßt sich auch heute schon etwas Vernünftiges auf dem Wege des korporativen Lohnvertrages erreichen. Heute sind die Unternehmer der Zigarrenindustrie größtenteils ja noch nicht einmal für ihren eigenen Betrieb zum Tarifabschluß geneigt. Da kann man natürlich auch nicht verlangen, daß ihr Blick auf das Ganze gerichtet ist.

Es ist auch ferner unsere Meinung, daß mancherlei Mißstände, die heute den Arbeitern wie den Fabrikanten unangenehm sind, eingedämmt bzw. beseitigt werden könnten, wenn eine allgemeine Verständigung nach dieser Richtung zu erzielen sein würde; ja, wir glauben sogar, daß die allgemeine Anwendung des Tarifvertrages die Möglichkeit zur Beseitigung gewisser Erscheinungen der Schmutzkonkurrenz bieten würde. Das Geheimnis gut funktionierender Tarifverträge ist in allererster Linie Organisation; gründlicher Aufbau und zweckmäßige Durchführung wird die organisatorische Arbeit und den guten Willen voll auf lohn. Doch daran ist ja bei den Fabrikanten noch lange nicht zu denken; sie glauben vorläufig noch Mittel und Wege genug zu haben, der Arbeiter-schaft den Brotkorb in der ihnen gültigsten Höhe zu halten.

Der Südd. Tabakzeitung wird es nach ihrer Auffassung von der „gerechten Tarifierung“ wohl nicht schwer werden, dieselbe Gerechtigkeit auch dann für die Tabakarbeiter zu fordern, wenn es sich um nichttarifizierte Löhne und Arbeitsbedingungen handelt, indem auch hier seitens der Fabrikanten kein Ausgleich für die von dem Blatte so schön hervorgehobene Beeinträchtigung des Verdienstes gewährt wird. Sie hätte die schönste Gelegenheit, gerade jetzt den unterbadischen Fabrikanten-Verband, der der Zigarrenarbeitern eine Lohnhöhung verweigerte, den Kopf zu waschen.

Die Zerstörung der weiblichen Arbeitskraft.

Die Ergebnisse der Krankenkassenstatistiken zeigen von Jahr zu Jahr die steigende Zahl der erwerbenden Frauen. Wie können immer wieder und wieder konstataren, daß die Krankenkassen ihre weiblichen Mitglieder schneller vermehren als die männlichen, weil der Zustrom der weiblichen Arbeitskräfte ein viel stärkerer ist. Das geschieht, trotzdem der Frauenüberschuß von Jahrzehnt zu Jahrzehnt geringer wird.

Auf je 1000 Männer kamen im Jahre 1882 noch 1042 Frauen, 1895 nur noch 1037 und nach der letzten Berufszählung (1907) sogar nur noch 1026. Der weibliche Ueberschuß in der Bevölkerung wird geringer und gehört vielleicht schon bald gänzlich der Vergangenheit an. Auf der anderen Seite bemerkt man eine rasend schnelle Zunahme der erwerbstätigen Frau. Nach den drei Berufszählungen in Deutschland ergeben sich folgende Resultate:

	Personen weibl. Geschlechts	Weibl. Erwerbstätige ohne Dienende
1882	23 071 000	4 259 000
1895	26 361 000	5 264 000
1907	31 259 000	8 243 000

In den 25 Jahren, die die Zählungen umspannen, nahm der weibliche Teil der Gesamtbevölkerung um etwas über 8 Millionen, gleich 35 Prozent, zu, die Zahl der erwerbstätigen Frauen stieg um 3 985 000 oder um 92,6 Prozent. Das Reichsarbeitsblatt, das laufend über den Mitgliederstand der Krankenkassen berichtet, macht über die Zunahme der Mitglieder bei den gleichen Klassen folgende Angaben:

	Weibliche Mitglieder	männliche Mitglieder
1907	100	100
1912	142	125

Demnach ist die Zahl der weiblichen Klassenmitglieder seit 1907 ganz bedeutend gestiegen, viel stärker, als die der männlichen Mitglieder und unvergleichlich stärker als die weibliche Bevölkerung.

Diese Zunahme dürfte auch kaum eine vorübergehende sein, denn je mehr sich die Lebenshaltung der Arbeiter-schaft durch Teuerung und Wohnungsnot, durch Strenge und Arbeitslosigkeit verschlechtert, um so notwendiger wird es, daß auch die Frauen und die Töchter mitverdienen.

Diese Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte geht aber in allen Berufen Hand in Hand mit einer Zunahme der Krankheiten der Frauen und einer steigenden Zahl von Tod- und Fehlgeburten.

Es kommen bei der Leipziger Ortskrankenkasse auf je eine Person

im Alter von Jahren	Krankheitslage	
	Männer	Frauen
15—20	5,9	5,5
20—25	6,3	8,0
25—35	6,9	10,4
35—45	8,0	11,2
45—55	11,0	16,7

Ein ähnliches Verhältnis ergibt sich bei der Betrachtung der Sterblichkeit bei der Leipziger Ortskrankenkasse.

Die weibliche Sterblichkeit betrug in Prozenten der-jährigen des Mannes:

im Alter von Jahren	Prozent
15—20	119
20—25	113
25—30	133
30—35	115
35—40	82
40—45	99
45—50	70

Die männliche Sterblichkeit = 100.

Seit 1910 geht man in Magdeburg daran, die Zahl der Fehlgeburten zu erfassen. Das so erlangte Material ist natürlich keineswegs vollständig; es läßt aber die ungewöhnliche Größe der Zahl der Fehlgeburten ahnen. Im ganzen werden nämlich 1912 in Magdeburg nicht weniger als 1458 Fälle von Fehlgeburten gezählt. Davon entfielen 1215 auf verheiratete und 232 auf ledige Frauen. Auf 1000 eheliche Geburten entfielen 224, auf 1000 uneheliche Geburten 233 Fehlgeburten. Die verhältnismäßig höchste Zahl von Fehlgeburten weist bei den verheirateten Frauen das Lebensalter vom 25. bis 30. Jahr mit 32 Prozent auf, bei den unverheirateten das Jahrsfrist vom 20. bis 25. Lebensjahr mit 56,5 Prozent. Berücksichtigt man indes die Geburtenhäufigkeit der verschiedenen Lebensalter und stellt hierzu die Häufigkeit der Fehlgeburten in Vergleich, so ergibt sich mit dem zunehmenden Alter eine starke Steigerung. Auf das Alter bis zu 20 Jahren entfielen auf 1000 standesamtlich gemeldete Geburten nur 57 Fehlgeburten, bei 20 bis 25 Jahren bereits 123, bei 25 bis 30 Jahren 213 und bei älteren Ehefrauen sogar 341 Fehlgeburten. Auch die Frage wurde gestellt, die weibliche Geburt die beobachtete Fehlgeburt ist. Sie wurde bei 1034 Frauen beantwortet. Danach waren die Fehlgeburten in 71 Fällen Erstgeburten, 191 zweite, 221 dritte, 181 vierte, 151 fünfte, 82 sechste, 54 siebente, 43 achte, 28 neunte, 9 zehnte, 12 elfte, 6 zwölfte, 7 dreizehnte, je drei vierzehnte und fünfzehnte, eine sechzehnte und eine einundzwanzigste Geburt.

Die Doktoren Ligendreich und Mosse haben berechnet, daß die Frauen im Alter von 15 bis 35 Jahren eine höhere Sterblichkeit aufweisen wie die Männer, während die Frauen nach 35 Jahren eine geringere Sterblichkeit als die Männer aufweisen. Ein deutscher Gewerbeaufsichtsbeamter, Dr. Wolf, hat die Krankheitsverhältnisse der Tabakarbeiter studiert und dabei folgende Resultate erhalten. Die durchschnittliche Erkrankungs-ziffer stellte sich für die erwachsenen männlichen Zigarrenarbeiter auf 28 Prozent, für die weiblichen auf 35 Prozent. Diese Ziffern erweisen, daß die Erkrankungs-ziffern bei dem weiblichen Geschlecht wesentlich größer sind als beim männlichen. Der Gewerbeinspektor Dr. Gunde im Bezirk Wesel ist bei seinen Untersuchungen über die Erkrankungs-fälle und -tage der männlichen und weiblichen Zigarrenarbeiter zu

dem gleichen Ergebnis gekommen. Von 1247 männlichen Zigarrenarbeitern erkrankten 227 = 18,2 Prozent, von 178 weiblichen jedoch 62 = 34,8 Prozent. Die durchschnittliche Dauer der Erkrankungen betrug bei den Zigarrenarbeitern 22,6 Tage, bei den Zigarrenarbeiterinnen 38,6 Tage und auf den Kopf sämtlicher beschäftigter Arbeiter berechnet bei den männlichen 4,1 Tage und bei den weiblichen 14 Tage. Dr. Heude hat auch die Kindersterblichkeit bei den Zigarrenarbeiterinnen beobachtet. Er fand, daß auf 100 Einwohner eines Ortes 1,14 Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres starben, von Zigarrenarbeiterkindern aber 3,61, also dreimal so viel. Im Amtsbezirk Bruchsal in Baden betrug die Sterblichkeit an Tuberkulose bei der Gesamtbevölkerung 0,21 Prozent, aber bei den Zigarrenarbeitern und Arbeiterinnen und ihren Angehörigen 0,70 Prozent.

Wir könnten natürlich das Material noch bedeutend vermehren und gewiß eine ganze Bibliothek damit füllen. Eines aber fagen uns auch die wenigen Ziffern, die wir anführen können: „Die dreifache Belastung der arbeitenden Frau, die die Pflichten der Mutter, der Arbeiterin und der Hausfrau ohne jede Hilfe leisten muß, können nur auf Kosten der Gesundheit geleistet werden. Wenn wir die Frau gesund erhalten wollen, dann müssen wir ihr Hilfe verschaffen. Sie muß als Arbeiterin geschützt werden durch kurze Arbeitszeit, freien Sonnabendnachmittag, bezahlten Erholungsurlaub im Sommer, sie muß als Mutter geschützt werden durch eine ausgiebige Schwangerenunterstützung, Stillgelber und Säuglingsheime, sie muß als Hausfrau Hilfe erlangen durch die Erleichterungen, die heute im Haushalt möglich sind. Vor allem aber ist die Frau so zu stellen, daß sie nicht rücksichtslos der Ausbeutung preisgegeben ist; sie soll in der Lage sein, falls es ihr körperlicher Zustand oder ihre häuslichen Pflichten erfordern, der Erwerbsarbeit fern zu bleiben. Nur dann können wir erwarten, daß die Frauen nicht immer zahlreicher und immer früher zugrunde gehen. Die Zerstörung der Frauenerkraft ist ein Verbrechen der Gesellschaft, das die Frauen nicht dulden dürfen. Deshalb gehört auch jede Frau und jedes Mädchen in den Verband.“

Die Tabakindustrie Canadas.

Canada ist das nördliche Nachbarland der Vereinigten Staaten Nordamerikas. Es hat auf einem Flächenraum, der dem ganz Europas nahekommt, erst 7 1/2 Millionen Einwohner, doch nimmt die Bevölkerung besonders infolge der umfangreichen Einwanderung verhältnismäßig rasch zu. Die Landwirtschaft ist noch die wichtigste Erwerbsquelle der Canadier, doch breitet sich auch die Industrie bereits rasch aus. Wir haben leider keine vollständigen Angaben über die Ausdehnung der Industrie Canadas, weil bei den in diesem Lande vorgenommenen Industriezählungen in den meisten Gewerbearten die Betriebe mit je 4 oder weniger beschäftigten Personen übergangen wurden. Nur in einigen Gewerbearten, wo nach der Ansicht der Zählungsbehörden die Kleinbetriebe besonders wichtig sind, wurden diese ebenfalls gezählt, aber die Tabakindustrie befindet sich nicht hierunter. Außer dem Betriebspersonal waren auch die Heimarbeiter zu zählen; es scheint jedoch, daß viele von ihnen der Zählung entgingen, weil selbst in Gewerben mit günstigen Vorbedingungen für die Heimarbeit tatsächlich nur wenige Heimarbeiter ermittelt wurden.

Nach dem amtlichen Bericht über die jüngste Industriezählung vermehrte sich die Zahl aller Betriebe im Zeitraum 1900 bis 1910 von 14 650 auf 19 218 (um 31,2 Prozent), die Zahl der Angestellten nahm von 30 691 auf 44 047 zu (43,6 Prozent), die Zahl der Lohnarbeiter von 308 482 auf 471 126 (52,7 Prozent), und der Jahresproduktwert von 481 Millionen Dollar auf 1166 Millionen Dollar (142,4 Prozent). Ein großer Teil der Steigerung des Produktwertes ist allerdings auf die in dem Jahrzehnt eingetretene erhebliche Verteuerung der Warenpreise zurückzuführen.

Auskunft über den Umfang der Tabakindustrie im Jahre 1910 geben die folgenden Zahlen:

	Zigarren und Zigaretten	Rauch-, Kan- u. Schnupftabak	Zusammen
Zahl der Betriebe	153	20	173
Angestellte	608	97	705
Lohnarbeiter	6853	1910	8763

	Beträge in Dollars		
Angelegtes Kapital	14 876 000	6 784 000	21 660 000
Jahresausgaben für:			
Gehälter	783 000	149 000	932 000
Arbeitslöhne	2 730 000	595 000	3 325 000
Materialien	7 416 000	4 713 000	12 129 000
Jahresproduktwert	17 345 000	7 985 000	25 330 000

In der nächsten Tabelle wird die Gliederung des Personals beider Zweige der Tabakindustrie nach Geschlecht und Alter dargestellt. Die Angaben beziehen sich auf den Stand der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt, der nach dem monatlichen Stande berechnet wurde.

	Zigarren- und Zigaretten-Fabrikation männl. weibl. Personen		Rauch-, Kan- und Schnupftabak männl. weibl. Personen	
a) Betriebspersonal:				
Angestellte	558	50	87	10
über 16-jähr. Lohnarbeiter	4060	2348	857	978
Kinder unter 16 Jahren	257	—	—	—
b) Heimarbeiter	72	146	1	—

Bei den Kindern unter 16 Jahren wird in dem amtlichen Bericht über die Industriezählung die Verteilung nach dem Geschlechte nicht angegeben. Wenn die Zahlen richtig sind, so ist die Kinderarbeit in der kanadischen Tabakindustrie ganz unbedeutend. Von allen über 16-jährigen Lohnarbeitern waren in der Zigarren- und Zigarettenfabrikation 37 Prozent und in der Rauch-, Kan- und Schnupftabakfabrikation 53 Prozent weiblichen Geschlechts. Vergleichsangaben betreffend die Arbeitszahl in der

Tabakindustrie im Jahre 1900 liegen nicht vor. Das in der Tabakindustrie angelegte Kapital stieg von 7 248 000 Dollar im Jahre 1900 auf 21 660 000 Dollar im Jahre 1910, also um fast 200 Prozent. Der Jahresproduktwert hat sich in derselben Zeit mehr als verdoppelt, denn er betrug 1900 11 802 000 Dollar und 1910 25 330 000 Dollar. Die Summe der Gehälter und Löhne stieg von 2 805 000 Dollar 1900 auf 4 257 000 Dollar 1910. Diese Zahlen ermbilichen zwar nicht, die Ausbreitung der kanadischen Tabakindustrie im letzten Jahrzehnt richtig zu beurteilen, doch zeigen sie immerhin einen bedeutenden Aufschwung an. Im Jahre 1910 wurden in der Tabakindustrie folgende Antriebsmaschinen verwendet: 68 Elektromotore mit 599 Pferdestärken, 28 Dampfotore mit 979 Pferdestärken, 2 Gasotore mit 13 Pferdestärken und ein Wasserrad mit 40 Pferdestärken. Wieviele Betriebe motorische Antriebskraft verwendeten, wird in dem Bericht über die Industriezählung nicht gesagt.

Mit dieser Zählung war auch eine Erhebung über die Arbeitsdauer verbunden, doch wird in dem amtlichen Bericht nur die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden pro Woche mitgeteilt, die in der Zigarren- und Zigarettenfabrikation 49 1/2 und in der Rauch-, Kan- und Schnupftabakfabrikation 54 betrug. Nachstehend geben wir eine Uebersicht der Zahl der über die Arbeitsdauer berichtenden Betriebe und der durchschnittlichen Zahl der Arbeitsstunden pro Woche in den einzelnen Provinzen.

Provinzen	Zigarren- und Zigaretten-Fabriken Betriebe Arb.-Std.	Rauch-, Kan- und Schnupftabak-Fabriken Betriebe Arb.-Std.
Quebec	52	14
Ontario	66	50 1/2
Manitoba	7	48 1/4
Britisch-Kolumbien	7	48 1/4
Neu-Schottland	4	52
Alberta	3	47
Prinz Edward-Insel	—	3

In den meisten anderen Gewerben bewegt sich die durchschnittliche Arbeitsdauer zwischen 50 und 60 Stunden in der Woche; eine längere sowie eine kürzere Arbeitszeit ist in Canada selten.

Die Zigarren- und Zigarettenarbeiter haben dank ihrer guten gewerkschaftlichen Organisation eine erheblich kürzere Arbeitszeit als die Rauch-, Kan- und Schnupftabakarbeiter. Nach einer kürzlich veröffentlichten Statistik des Arbeitsministeriums hatte der amerikanische Zigarrenmacherverband im Jahre 1912 in Canada 22 Ortsvereine mit 2852 Mitgliedern. Der Verband der Tabakarbeiter, welcher die in der Rauch-, Kan- und Schnupftabakfabrikation beschäftigten Personen umfaßt, hatte in diesem Lande nur 3 Ortsvereine mit 199 Mitgliedern. Beide Verbände haben in Canada noch ein gutes Stück Organisationsarbeit zu leisten.

Berichtigung. In dem Aufsatz „Wie stark sind die Branchen im Tabakarbeiter-Verband vertreten“, abgedruckt in voriger Nummer des Tabakarbeiter, haben sich leider einige Fehler eingeschlichen. Die Zahl der für den Verband in Betracht kommenden Arbeiter nach der Statistik der Tabakarbeitergenossenschaft ist nicht wie im zweiten Absatz angegeben 168 211, sondern wie in der ersten Tabelle richtig steht, 168 351. Ferner ist die Zahl der nach der Statistik der Berufsgenossenschaft in der Zigarrenindustrie wie im dritten Absatz steht, nicht 142 415, sondern 142 215; demnach vermindert sich auch der Prozentfuß. Der Anteil der in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter an der Gesamtzahl ist nicht 84,59, sondern 84,49; und der Prozentfuß der organisierten Arbeiter der Zigarrenindustrie nicht 22,62, sondern 22,65. In der Zigarettenindustrie waren 1912 nicht, wie angegeben, 12 161, sondern 12 361 Personen beschäftigt; der Prozentfuß der Organisierten dieser Branche ist statt 18,85 demnach etwas geringer, nämlich 18,62. Im 6. Absatz ist die Zahl der „anderen Arbeiter“ mit 1085 angegeben; es muß, wie in der ersten Tabelle steht, 1095 heißen. Die nunmehr berichtigte Tabelle sieht folgendermaßen aus:

	Tabakindustrie überhaupt	Zigarrenindustrie	Zigarettenindustrie	Rauchtabakindustrie	Kan- und Schnupftabakindustrie	Andere Arbeiter
Zahl der Arbeiter	168351	142215	16361	3993	3666	1021
Zahl der Organisierten	37211	32215	3047	1684	152	29
Prozentfuß der Organisierten	22,10	22,65	18,62	42,17	4,15	2,84

Die Verwaltungskosten der Gewerkschaften und die durch Streiks verlorene Arbeitstage der Arbeiter.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften“ schreibt in seiner Nummer 42: „Möglichst nach dem Ergehen der Gewerkschaftsstatistik machen sich die Agenten und Handlanger des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie darüber her, um einige Zahlen für ihre Zwecke zurechtzubekommen. Es handelt sich immer um die gleichen Zahlreihen, die als „Verwaltungskosten“ zusammengerechnet und den staatsfeindlichen Lesern vorgeführt werden als ein Beispiel für die Ausbeutung der Arbeiter durch die Gewerkschaften. Die amtliche Presse, auch im Unternehmenslager, fällt auf die Nachweise dieser Zahlenjongleure nicht mehr herein, aber die Arbeiterbewegung hat natürlich die Gelegenheit, ihre Spalten mit Unrat gegen die Arbeiterbewegung füllen zu können.“

In diese Kategorie reißt sich jetzt auch die „Deutsche Industriezeitung“. Sie hat sich für ihre Nr. 41 von „Anhängern der wirtschaftsrechtlichen nationalen Arbeiterbewegung“, zu denen sie auch die „anarchosozialistische“ „Einigkeit“ ganz richtig gestellt hat, „Personen“ anstellen lassen, monoch unsere Gewerkschaften seit 1880 den Arbeitern 45 243 041 an Beiträgen „abgenommen“, sie „jeweils viel an verlorenen Arbeitstagen durch die Streikaktivität der Führer“ verlieren lassen usw. Natürlich werden diese Zahlen auch verdächtig, die häufigsten ausgewiesenen Streikangaben zum guten Teil in ihre Taschen geleitet zu haben. Das moralische Axiom des Reichsverbandes, also, auf dem auch die „Deutsche Industriezeitung“ ihren Kampf gegen die Gewerkschaften zu führen für angemessen hält:

Wir haben schon wiederholt im Laufe der Jahre die Tatsachenpielerkänfte aufgedeckt, mit denen jene Herrschaften die gewerkschaftsstatistischen Zahlen stifteten. Ein Hinweis genügt, um die Tendenz zu zeigen. Auf Seite 779 der „Deutschen Industriezeitung“ wird angegeben, daß von den 60 625 080 Gewerkschaftsausgaben im Jahre 1911 (auf Aktualität gibt die „Industriezeitung“ nichts, sonst hätte sie die Zahlen von 1912 „bearbeitet“ lassen können, die bereits seit 7 Wochen vorliegen) entfielen auf „Agitation mit Maßregelung, Verwaltung, Statistik, sogenannte Bildungszwecke, überhaupt Ausgaben, die mit einer wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiter nichts zu schaffen haben, 22,3 Millionen Mark, mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben; der leistungsfähige Verwaltungsapparat mit den Hauptklassen, den Lokal- und Gauverwaltungen verschlang mehr als 10 Millionen Mark“. Der Reichsminister der „Industriezeitung“ hat es hier fertig gebracht, die zehn Millionen für den „kostspieligen Verwaltungsapparat“ zweimal in Anrechnung zu bringen, zuerst bei den 22,3 Millionen Mark und dann im gleichen Atemzuge nochmals mit 10 Millionen Mark als selbständige Ausgabe! Allein, auch die Behauptung, die Ausgaben für „Agitation mit Maßregelung, Verwaltung, Statistik, sogenannte Bildungszwecke“ hätten mit der wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiter nichts zu schaffen, bedeutet eine ebenso dreiste Entstellung der Tatsachen. Auch ein Mitarbeiter der „Industriezeitung“ müßte verstehen können, daß die Agitation sowohl als die Ausgaben für Bildungszwecke, wie Verbandsorgan, Bibliotheken, Druckschriften, Statistiken usw. für die Organisation und Erziehung der Arbeitermassen unerlässlich sind und daß diese Organisation erst die Voraussetzung für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter schafft. Auch die Verwaltungsausgaben der Gewerkschaften dienen dem gleichen Zwecke. Daß Organisationen, die in ihren Kassen Vermögensbestände von über 80 Millionen Mark aufspeichern und ein jährliches Ausgabenbudget von über 61 Millionen Mark bei mehr als 80 Millionen Mark Jahres-einnahme haben, die ferner im Jahre 1912 insgesamt 0061 Lohnbewegungen geführt, wovon nur 748 erfolglos waren, und die in dem einen Jahre 4904 Tarifverträge für 351 548 Arbeiter zum Abschluß brachten, daß solche Organisationen auch einen möglichst genau funktionierenden Verwaltungsapparat haben müssen, das sollte man eigentlich nicht erst den geistigen Führern des deutschen Unternehmertums zu sagen brauchen. Es ist ein geistiges Armutszeugnis sondergleichen, daß das führende Organ der deutschen Großindustrie kein Verständnis für eine wohlgeordnete Verwaltung aufzubringen vermag.

Das mangelnde Verständnis dieser Dinge bei der „Deutschen Industriezeitung“ findet vielleicht seine Erklärung darin, daß in dem ihr nahestehenden und vor allem geistesverwandten Reichsverband gegen die Sozialdemokratie der Verwaltungsapparat ganz andere Tendenzen an den Tag gelegt hat, als sie bei der geordneten Verwaltungspraxis unserer Gewerkschaften zu finden sind. Es war ja erst im vorigen Jahre, als die saubere Praxis der „Veranstaltung der Schriften des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ Franz Harnsen in Hamburg vom „Vorwärts“ entlarvt wurde. Das Trio Harnsen, Geher und die schöne Ethik betriebenen damals eine vom Zentralverband Deutscher Industrieller und anderen Unternehmerorganisationen warm empfohlene Schrift. Zur Geschäftspraxis dieser „Veranstaltung“ des Reichsverbandes gehörte es, daß die rechte Hand nicht wußte, was die linke tat. Sollte die „Deutsche Industriezeitung“ ihre Leser nicht lieber mit jener Geschäftspraxis ihrer Gewinnungsgenossen vom Reichsverband einmal vertraut machen? Schließlich sind es doch die Unternehmer, in deren Dienste die „Industriezeitung“ steht, die dabei gerupft werden.

Die „Industriezeitung“ zählt auch die „Gemeinwohlunterstützung“ zu den Ausgaben, die mit der Besserstellung der Arbeiter nichts zu schaffen haben. Das ist zum einen Teil wahr. Diese Ausgabe würde aus den Anrechnungen der Gewerkschaften verschwinden, wenn die „Deutsche Industriezeitung“ ihren Mandatgebern jene niedrige Bestimmung austreiben würde, die sich in der Maßregelung von Arbeitern wegen der Ausübung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts kundgibt. Solange Unternehmer, die dieses Recht ausgiebig für sich in Anspruch nehmen, die Arbeiter daran zu hindern suchen und dabei die Maßregelung als ihre „vornehmste“ Waffe anwenden, werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter genötigt sein, größere Mittel zur Unterstützung der Opfer dieser Unternehmerpraxis aufzubringen. Wenn die Schatzmacher also diesen Ausgabenposten der Gewerkschaften nicht leihen können, so sollten sie von ihrer Maßregelungspraxis ablassen. Die Gewerkschaften würden diese Mittel gern für andere Zwecke verwenden.

Was nun die „Kostspieligkeit“ des Verwaltungsapparates der Gewerkschaften betrifft, so kann davon keine Rede sein, daß diese Verwaltungsausgaben verhältnismäßig größer sind als die anderer Korporationen. Obgleich die Verlagsgenossenschaften zum Beispiel keine Ausgaben für Agitation und Bildungszwecke zu machen haben, verwenden sie von ihren Ausgaben nur rund 74 Prozent für die im Dienste der Industrie Verunglückten, das heißt 26 Prozent ihrer Ausgaben erfolgen für Zwecke, die nicht den Verunglückten zugute kommen. Bei den Gewerkschaften sind überhaupt keine Ausgaben vorhanden, die nicht im Dienste der Arbeiterklasse erfolgen. Vielmehr werden die „Verwaltungsausgaben“ der Gewerkschaften nicht unerheblich erhöht infolge der berufsgenossenschaftlichen Praxis, die armen im Dienste der Industrie Verunglückten um ihre rechtlichen Ansprüche zu bringen. Im Jahre 1912 betragen die Kosten der Rechtsauskunfterteilung durch die Arbeitersekretariate 575 392 M., von den in bezug auf Arbeiterberufssicherung erteilten Auskünften entfielen 57,8 Prozent auf die Unfallversicherung. Auch hier würde also die „Deutsche Industriezeitung“ durch erzieherische Einwirkung auf die Berufsgenossenschaften eine Herabsetzung der gewerkschaftlichen „Verwaltungsausgaben“ erzielen können, deren Höhe von ihr so sehr beklagt wird.

Die wirklichen Verwaltungskosten der Gewerkschaften betragen im Jahre 1912 pro Kopf der Mitglieder 4,59 M.; in einigen Berufsgenossenschaften aber entfielen im Jahre 1911 pro Kopf der Mitglieder folgende Beträge für Verwaltungskosten: Schornsteinfegermeister-Berufsgenossenschaft 5,25 M., Mülerei-Berufsgenossenschaft 4,42 M., Westdeutsche Binnen-schiffahrts-Berufsgenossenschaft 3,97 M., Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft 3,20 M., See-Berufsgenossenschaft 2,97 M., Elbschiffahrts-Berufsgenossenschaft 2,94 M. usw. Gemäß haben eine Reihe Berufsgenossenschaften auch niedrigere Verwaltungskosten, aber uns genügt die Tatsache, daß es von Unternehmern verwaltete Berufsgenossenschaften gibt, die trotz ihres öffentlich-rechtlichen Charakters höhere Verwaltungskosten haben, als viele unserer Gewerkschaften. Von unseren Verbänden hatten 19 eine niedrigere Durchschnittsausgabe für Verwaltung als der allgemeine Durchschnitt von 4,59 M., darunter so große Organisationen wie die der Bauarbeiter, Holzarbeiter, Fabrikarbeiter, Textilarbeiter, Zimmerer usw. Die Berufsgenossenschaften aber bedürfen keiner Angestellten für Agitation usw. Dagegen dürften ihre Ausgaben für die Rentenversicherung zum Schaden der Verunglückten nicht gering sein.

Der zweite Teil der Ausführungen der „Industriezeitung“ gilt der gewerkschaftlichen Statistik über Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1911. Durch die Trennung der ohne Kampf beigelegten Lohnbewegungen von denen, die zum Kampf geführt haben, wird der Nachweis versucht, daß die gewerkschaftliche Aktion der Arbeiter nichts einbringe, daß vielmehr die „Streikaktivität“ der Führer die Arbeiter ausbeute. Trotz größter Mühe kommt aber der Reichsminister des Zentralverbandes Deutscher Industrieller nicht über die Tatsache hinweg, daß die gewerkschaftliche Aktion im Jahre 1911 den deutschen Arbeitern nach den eigenen Berechnungen der „Industriezeitung“ eine jährliche Lohnerhöhung von 54 006 838 M. gebracht hat. Bieten wir davon die 27 Millionen Mark ab, die der „Industriezeitung“ auf Lohnverlust für verlorene Arbeitstage entfallen, so bleibt immer noch ein Jahresgewinn von rund 27 Millionen Mark im ersten Jahre

Fifth Census of Canada, Volume 3, Manufactures for 1910. Ottawa 1913.

Schon übrig, jedes weitere Jahr aber bringt weitere 54 Millionen Mark Mehrlohn, sofern die Arbeiter treu zu ihrer Organisation halten und den Lohnreduktionsversuchen der Unternehmer energischen Widerstand leisten. Dabei hat die „Industriezeitung“ anzufohren verfahren, daß im Jahre 1911 außer der erheblichen Lohnsteigerung 780 504 Stunden Arbeitszeitverkürzung wöchentlich und 3400 Tarifverträge für 303 773 Arbeiter erreicht wurden. Das Geschäft läßt sich also vom Standpunkt der Arbeiter durchaus rechtfertigen; aber wir geben gern zu, daß noch mehr erreicht werden muß, und vor allem, daß die Unternehmer noch viel höhere Löhne bei kürzerer Arbeitszeit zahlen können und doch für ihre Tätigkeit viel zu hohe Gewinne einflechten würden. Soweit die Gewerkschaften in dieser Hinsicht eine Milderung zuungunsten der Arbeiter herbeiführen können, werden sie sicher ihre Kräfte dafür einsetzen.

Im übrigen sollte die „Deutsche Industriezeitung“ sich über die verlorenen Arbeitstage der Arbeiter nicht so aufregen. Die Unternehmer tragen nie Bedenken, den Arbeiter bei Arbeitsmangel kurzweilend zu entlassen ohne Rücksicht darauf, was aus ihm und seiner Familie wird. Auch in den Arbeitskämpfen sind sie an dem Arbeitszeitverlustkonto hervorragend beteiligt. Von den 8 504 240 durch Lohnkämpfe eingebüßten Arbeitstagen 1911 entfallen nicht weniger als 3 049 036 auf die Arbeiter freilich und Ausperrungen, wo also die Arbeiter durch die Unternehmer an freiwilliger Arbeit gehindert wurden.

Die Gewerkschaften haben gar keinen Anlaß, einer Auseinandersetzung über diese Dinge aus dem Wege zu gehen. Allerdings könnte man den ganz bescheidenen Wunsch ausdrücken, etwas kampfesfähigere und mit etwas mehr Kenntnis der Verhältnisse ausgestattete Gegner zu sehen, als die in der „Deutschen Industriezeitung“ neuerdings das Wort führenden Herrschaften aus dem Reichsverbandlager. Es ist wirklich kein Vergnügen, sich mit solchen Gegnern herumzuschlagen.

Die Tarife und Bedingungen der „Volksfürsorge“.

Von Martin Hirschfeld, Berlin.

Tarif I.

In Tarif I bietet uns die „Volksfürsorge“ einen brauchbaren Ersatz für die sogenannte reine Todesfallversicherung der kapitalistischen Gesellschaften. Die Eigenart der „reinen“ Todesfallversicherung besteht darin, daß das versicherte Kapital im Falle des Todes des Versicherten sonst nur bei Erleben eines sehr unwahrscheinlich hohen Endalters des Versicherten, meist des 85. Lebensjahres, fällig wird. Diese Versicherungsform ist — wie leicht einzusehen — die riskanteste Form der Lebensversicherung. Die Prämie muß sich mit Rücksicht auf das fast völlige Fortfallen der Auszahlung bei Lebzeiten, im Verhältnis zu dem versicherten Kapital sehr niedrig stellen, die Gesellschaft trägt also ein sehr erhebliches Risiko für den Fall, daß durch frühzeitigen Tod die Auszahlung nach kurzer Dauer der Versicherung erfolgt. Ist außerdem auch die Prämienzahlungsfähigkeit sehr lang bemessen, so steht für den Fall des frühzeitigen Todes der Fortfall sehr vieler Prämien unter Risiko. Eine solche Versicherungsform erscheint den kapitalistischen Gesellschaften gerade recht. Man kann da sehr hohe Prämien rechtfertigen eben unter Berufung auf die riskante Natur dieses Versicherungsvertrages und kann dann später mit der Rückgewähr anscheinend hoher in Wirklichkeit natürlich immer noch unzureichender Gewinnanteile an die Versicherten renommieren. Die „Volksfürsorge“ kennt ein solches Interesse nicht. Sie hat infolgedessen darauf verzichtet, einen so riskanten Tarif von vorn herein anzunehmen. Sie hat vielmehr einen Tarif, bei welchem das Kapital schon bei Erleben des 65. Lebensjahres fällig wird, so ausgestaltet, daß er als Ersatz für die reine Todesfallversicherung der kapitalistischen Gesellschaften dienen kann. Stirbt nämlich der Versicherte erst nach vollendetem 65. Lebensjahre, so verwallt die „Volksfürsorge“ das Kapital weiter und zahlt dem Berechtigten nach dem Tode des Versicherten das Kapital vermehrt um 3 1/2 Prozent Zinsen und Zinseszinsen heraus, ebenso dem Versicherten selbst, wenn dieser das Ende des 85. Lebensjahres erlebt. Dies muß natürlich bei Vergleichen unseres Tarifes I mit den „reinen“ Todesfallversicherungen der Konkurrenz berücksichtigt werden, sollen nicht die Vergleichen zu unseren Vorzügen zugunsten der „Volksfürsorge“ natürlich berücksichtigt werden, daß die halbmonatliche Prämienzahlung der „Volksfürsorge“ jährlich nicht die Hälfte einer gleich hohen Wochenprämie, sondern nur 1/10 einer solchen bringt. Wer die Akquisitionsmethode der Erwerbsgesellschaften kennt, weiß, daß ihre Akquisiteure mit Freuden diese Tatsachen unberücksichtigt lassen werden. Um so mehr haben die freiwilligen Propagandisten der „Volksfürsorge“ darauf zu achten, daß in den beiden hier besprochenen Punkten stets die Aufmerksamkeit auf dem Fuße folgt, wenn der Akquisiteur der „Viktoria“ oder „Friedrich Wilhelm“ im trüben zu sichten versucht hat.

Betrachten wir zunächst einmal ein Beispiel. Eine dreißigjährige Person zahlt nach Tarif I 30 Jahre lang eine Prämie von halbmonatlich 1 M. Sie ist hierdurch von Beginn des zweiten Jahres ab auf den Todesfall mit dem Betrage von 610 M. versichert, während im Todesfall im ersten Jahre der Versicherung nur die eingezahlten Prämien zurückgewährt werden. Erlebt der Versicherte das Ende des 65. Lebensjahres, so wächst das versicherte Kapital von nun an jährlich um die Zinsen, berechnet mit 3 1/2 Prozent, an. Es wird also fällig werden, wenn der Versicherte stirbt am

Ende des 66. Lebensjahres eine Verf.-Summe von Mark	631*
„ 67. „ „ „ „ „	653
„ 68. „ „ „ „ „	676
„ 69. „ „ „ „ „	699
„ 70. „ „ „ „ „	724
„ 75. „ „ „ „ „	860
„ 80. „ „ „ „ „	1021

Erlebt der Versicherte das Ende des 85. Lebensjahres, so erhält er ein Kapital von 1213 M. ausgezahlt. Würde bei der „Viktoria“, der größten kapitalistischen Volksversicherungsgesellschaft, gegen den entsprechenden wöchentlichen Prämienbetrag von etwa 0,46 M. eine reine Todesfallversicherung mit 50jähriger Prämienzahlung abgeschlossen, so würde das hierdurch versicherte Kapital nur 566 M. betragen, ohne weiter zu steigen, wenn der Versicherte des 65. Lebensjahr überlebt. Das volle versicherte Kapital wird hier zudem erst fällig, wenn der Versicherte nach Beendigung des zweiten Versicherungsjahres stirbt. Stirbt er während des ersten Jahres, so werden nur die eingezahlten Prämien zurückgewährt, nicht er während des zweiten Versicherungsjahres, so wird nur die Hälfte des versicherten Kapitals fällig.

Bei annähernd gleicher Prämie zahlt also, wenn der Tod durch Unfall im ersten Versicherungsjahr eintritt, die „Viktoria“ 566 M., die „Volksfürsorge“ 610 M., wenn der Tod durch Krankheit im ersten Versicherungsjahr eintritt, die „Viktoria“ wie die „Volksfürsorge“ nur die eingezahlten Prämien; wenn der Tod durch Krankheit im zweiten Jahre eintritt, die „Viktoria“ 283 M., die „Volksfürsorge“ 610 M.; wenn der Versicherte etwa bei beendigten 70. Lebensjahre stirbt, die „Viktoria“ 566 M., die „Volksfürsorge“ 724 M.; wenn der Versicherte das Ende des 85. Lebensjahres erlebt, die „Viktoria“ 566 M., die „Volksfürsorge“ 1213 M.

* Diese Summe ergibt sich durch Addition von $610 \times 0,35 = 21,35$ zur ursprünglichen Versicherungssumme, ebenso die weiteren Beträge unter Fortlassung der Prämien.

Die Frist von 1 resp. 2 Jahren bei der „Viktoria“, während deren das Kapital im Todesfall nicht unter allen Umständen voll ausgezahlt wird, heißt Karenzzeit. Sie soll verhindern, daß bereits todkranke Leute unter Täuschung der Vertrauensperson der Gesellschaft, die den Antrag aufnimmt, in die Versicherung eintreten und so die Gesellschaft, d. h. bei der „Volksfürsorge“ die übrigen Versicherten, schädigen. Die „Volksfürsorge“ muß es sich verlangen, die Gemütszustände ihrer Versicherten heute schon in die Vergleichung ihrer Leistungen mit denen der kapitalistischen Gesellschaften mit einzubeziehen. Jedenfalls zeigt die obige Gegenüberstellung, daß der eigentliche Zweck der Todesfallversicherung: im Falle des Todes des Versorgers ein erhebliches Kapital sicherzustellen, in einer Reihe von Fällen bei der „Volksfürsorge“ durch Tarif I besser erreicht wird als bei der größten kapitalistischen Volksversicherungsgesellschaft.

Wer eine Versicherung nimmt, die wesentlich ihrer Natur nach dem Zweck hat, die Versorgung der Angehörigen im Falle vorzeitigen Todes einigermaßen sicherzustellen, der muß sich darüber klar sein, daß andere Zwecke der Versicherung nicht gleichzeitig in ebenso hohem Maße erreicht werden können, daß also der Sparcharakter der Lebensversicherung zugunsten des Risikocharakters zurückgedrängt erscheint. Der Versicherte darf sich also nicht wundern, wenn er, um bei unserem Beispiel zu bleiben, finanziell ungünstig abscheidet, wenn er das sechzigste Lebensjahr überlebt. Es erhalten dann seine Angehörigen bei einem etwas später erfolgenden Tode an Versicherungsleistung 610 M., also erheblich weniger als die von ihm eingezahlten 720 M. (30 Jahre lang je 24 M.). Bedeutend günstiger dürfte auch in diesem Falle das scheinbar ungünstige Resultat durch die angesammelten Gewinnanteile werden. Über das müssen die Vertrauenspersonen der „Volksfürsorge“ wissen, daß, mer auch bei langer Lebenszeit noch eine gute Verzinsung seiner eingezahlten Prämien erzielbar ist, nicht Tarif I mit langer Prämienzahlung wählen darf. Ihm bieten sich die übrigen Tarife, mit denen wir uns in späteren Artikeln beschäftigen wollen, zur Auswahl an.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Von der Zigarettenindustrie. In der vorigen Nummer des Tabak-Arbeiter veröffentlichten wir einen Aufsatz über die Entwicklung der Zigarettenindustrie im Jahre 1912. Darin ist auch die Angabe enthalten, daß eine um 17,2 Prozent größere Warenmenge hergestellt wurde als 1911, bzw. daß die Zahl der hergestellten Zigaretten von 9382,4 Millionen Stück in 1911 auf 10 995,4 Millionen Stück in 1912 gestiegen sei. Wir haben daran die Bemerkung geknüpft, daß die Mehrleistung wesentlich durch verstärkte Anwendung der Maschine erzielt wurde; eine Ansicht, die freilich auch nirgends bestritten wird. Wie stark gerade die Einführung weiterer Maschinen in der Zigarettenindustrie vor sich geht, mag aus folgenden hervorgehen. Während im Jahre 1911 in der Zigarettenindustrie nach der Statistik der Tabakarbeitergenossenschaft 15 307 Personen (Wollarbeiter) beschäftigt waren, stieg die Zahl in 1912 allerdings auf 16 361, das sind 1054 oder 6,9 Prozent mehr. Demnach: Produktionssteigerung 17,2 Prozent, Steigerung der Arbeiterzahl nur um 6,9 Prozent!

Zur Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe. Nach den Zahlen zu schließen, die der Deutsche Tabakarbeiter-Verband allmonatlich an das Reichstatistische Amt berichtet, ist die Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe im 3. Quartal gegen das 2. Quartal dieses Jahres ziemlich unbedeutend geblieben; gegen die gleiche Zeit des Vorjahres ist aber eine nicht unwesentliche Steigerung eingetreten. Der Monat September zeigt allerdings gegen August wieder eine geringe Neigung zur Besserung, die wohl auf die etwas günstigere Geschäftszustand der Monate vor Weihnachten zurückzuführen ist. Nachstehend die Ergebnisse der vom Verband geführten Statistik. Arbeitslos an den jeweiligen Stichtagen waren

1913	männlich	weiblich	zusammen	3. Vierteljahr 1912
Juli	596=3,6%	403=2,5%	999=3,1%	510=1,7%
August	633=3,7%	507=3,2%	1140=3,5%	640=2,0%
September	539=3,2%	470=3,0%	1009=3,1%	692=2,2%

Die Gesamtzahl der Fälle von Arbeitslosigkeit an Orten betrug im 3. Vierteljahr bei den männlichen Mitgliedern 2185, bei den weiblichen 1462, zusammen 3647 (im 2. Vierteljahr 1913: 3980, im 3. Vierteljahr 1912: 3102). Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage am Orte und auf der Reise betrug 51 286 (2. Vierteljahr 1913: 62 863, im 3. Vierteljahr 1912: 41 618). Auf 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit 11,3 auf männliche 13,0, auf weibliche 9,4 (2. Vierteljahr 1913: 11,7, bzw. 14,0, bzw. 9,2; im 3. Vierteljahr 1912: 8,7 bzw. 10,5, bzw. 6,8). Auf 100 Mitgliedertage kamen 1,09 Arbeitslosentage (2. Vierteljahr 1913: 2,3; 3. Vierteljahr 1912: 1,4). Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit war 13 Tage, gegen 15 im 2. Vierteljahr 1913 und 12 im 3. Vierteljahr 1912.

Wie also aus der Gegenüberstellung der Zahlen zu ersehen ist, ist die Arbeitslosigkeit in unserem Verband im 3. Vierteljahr 1913 stärker wie im gleichen Vierteljahr des vorigen Jahres; es sind nämlich die Fälle von Arbeitslosigkeit um 545, die gesamten Arbeitslosentage um 9668 höher; auf 100 Mitglieder kamen 2,6 Fälle von Arbeitslosigkeit mehr, die Zahl der Arbeitslosentage, die auf 100 Mitglieder entfallen, ist um 0,5 höher, während die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ebenfalls gegen das 3. Vierteljahr 1912 um 1 Tag gestiegen ist.

Niebriger hängen! In dem Organ des deutschen Zigaretten-Laden-Inhaber-Verbandes, Sitz Hamburg, findet sich in der letzten Nummer ein Bericht von einer Versammlung der Ladeninhaber in Chemnitz folgende Stelle: „Herr Wenzel, der Gauleiter der Tabakarbeiter, nahm nunmehr das Wort, um bei dieser Gelegenheit Moral zu predigen, welche Disziplin bei ihren Versammlungen herrsche, wenn auch der Gegner das Gegenteil behauptet, so werde er nicht niedriger gerufen, Herr Wenzel habe man auch ausreden lassen. (Nun, wer Versammlungen der Tabakarbeiter besucht hat, wird selbst wissen, daß da mit Raffekrug und Eptopp die gegenteilige Meinung des öfteren zum Ausdruck kam, indem man die Tischplatte bearbeitete und dem Gegner zurief: „Wann und wo hat denn der Schreiber Tabakarbeiter-Versammlungen besucht, wo Raffekrug und Eptopp im

Streit der Meinungen jene Rolle spielten, wie er behauptet? Der Herr scheint beim famosen Reichsverband in die Schule gegangen zu sein. So sachlich, wie Versammlungen der Art, wie eine in Chemnitz stattfand, verlaufen Tabakarbeiterversammlungen allemal. Die Tabakarbeiter können es mit der Sachlichkeit und Disziplin mit jeder anderen Interessentengruppe wahrhaftig aufnehmen, zumal sie auch wissen, was sie wollen.

Aus Japan. In Japan ist jüngst ein Gesetz angenommen worden, das allen Minderjährigen den Tabakgenuss verbietet. Erst nach vollendetem 20. Lebensjahr darf der junge Japaner Tabak rauchen. Das Gesetz sieht sehr strenge Bestrafungen im Übertretungsfalle vor; es darf sogar nicht einmal Tabak an Minderjährige verkauft werden, die im Auftrage ihrer Eltern den Kaufladen besuchen. Die Strafen bestehen in sehr empfindlichen Geldbußen, die zunächst den Eltern auferlegt werden. Nützen sie nichts, so tritt im Wiederholungsfalle für den Schuldigen Gefängnisstrafe ein.

Bewegungen im Beruf.

Wittenberge (Prov. Brandenburg). Die Aussperrung bei den Firmen T. H. Krüger und M. Rusten dauert fort. Vor Zugang nach diesen Firmen wird dringend gewarnt.

Stadtböden und Umg. Der bei der Firma W. Kuhlmann, Inh. K. Krause, ausgebrochene Angriffsstreik in Merzhausen dauert fort. Vor Zugang wird dringend gewarnt.

Derlinghausen. Der Abwehrstreik bei der Firma A. H. Altenbernd dauert fort. Vor Zugang nach Derlinghausen und Bartrup wird dringend gewarnt.

Sooet i. W. Zigarettenfortierer und Zigarettenmacher werden dringend gewarnt, in Sooet i. W. in Arbeit zu treten. Anfragen über Arbeitsgelegenheit sind an F. Schmitz in Sooet i. W., Zigarettenfabrik, zu richten.

Burgsteinfurt. Der Tarifvertrag mit der Firma Tabakarbeitergenossenschaft (e. G. m. b. H.), Zigarettenbranche, wurde neu auf ein weiteres Jahr abgeschlossen. Hierbei wurden einige neu eingeführte Sorten den bestehenden Lohnsätzen gleichgestellt und der Lohn des Zigarettenfortierers tariflich geregelt. Der vereinbarte Minimallohn beträgt 9,50 M. pro Mille bei Lieferung mit der Rippe aufgesetzter Decke, angefeuchtem Umblatt und fertiger Einlage. Die Lohnsätze betragen 9,50 M. bis 20 M. pro Mille. Der Lohn des Zigarettenfortierers beträgt 34 S. und der Lohn des Zigarettenfortierers 40 S. pro Stunde. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 53 Stunden.

Burgsteinfurt. Der Tarifvertrag mit der Firma Tabakarbeitergenossenschaft (e. G. m. b. H.), Rauchtabakbranche, wurde neu auf ein weiteres Jahr abgeschlossen. Hierbei wurde der Lohn des Arbeiters an der Maschine tariflich geregelt. Die Löhne der Rauchtabakarbeiter betragen 40 S. pro Stunde, während der Arbeiter an der Maschine 25 M. pro Woche erhält. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 53 Stunden.

Ermsleben (Prov. Sachsen). Die Bewegung bei den Firmen Otto Kägel und E. Robbin führte zum Abschluß eines Tarifvertrages, wobei ein Minimallohn von 9,75 M. pro Mille anerkannt wurde. Die tariflich festgelegten Löhne betragen nunmehr 9,75 M. bis 10,75 M. pro Mille bei Lieferung entrippter und aufgesetzter Decke, angefeuchtem Umblatt und fertiger Einlage. Die gemachten Lohnzulagen betragen 50 S. und bei einer Sorte 1 M. pro Mille. Der Lohn erhöht sich bei Verarbeitung von Borstenlandens- und Javabede um 50 S. und bei Verarbeitung von Brasil- und Mexikobede um 2 M. pro Mille. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt nunmehr 55 1/2 Stunden.

Gernrode (S.-Anhalt). Die Bewegung bei den Firmen Al. H. Sulz und Aug. Rückert nahm einen zufriedenstellenden Verlauf. Beide Firmen erklärten sich bereit, einen Minimallohn von 9,75 M. pro Mille anzuerkennen. Die Löhne betragen nunmehr 9,75 M. bis 11,50 M. pro Mille, bei Lieferung entrippter und aufgesetzter Decke, angefeuchtem Umblatt und fertiger Einlage. Bei Verarbeitung von Borstenlandens- und Javabede erhöhen sich die Löhne um 50 S., und bei Verarbeitung von Brasil- und Mexikobede um 2 M. pro Mille. Die gemachten Lohnzulagen betragen 50 S. pro Mille. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 55 1/2 Stunden festgesetzt. Mit beiden Firmen wurde aufs neue ein Tarifvertrag abgeschlossen.

Neuenkirchen (Prov. Hannover). Nachdem die Firma F. C. Wien die Löhne der Arbeiter aufgebessert hatte, stellten auch die Arbeiter der Firma C. F. Parling Lohnforderungen. Nach eingeleiteter Verhandlung erklärte die Firma sich bereit, Lohnaufbesserungen eintreten zu lassen. Die gemachten Lohnhöhlungen betragen 25 S. und 1 M. pro Mille. Der Minimallohn beträgt nunmehr für Neuenkirchen 8,75 M. pro Mille. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 56 Stunden.

Berichte.

Fürstenberg. Erwiderung: Zu dem Bericht von Potsdam in Nr. 43 des Tabak-Arbeiter in der Sache Puhlmann und Kühne habe ich zu erwidern: Es ist nicht wahr, daß ich die Verbandsleitung irreführend habe; denn von dem, was ich in der Mitgliederversammlung am 12. Juli 1913 in Potsdam gesagt habe, ist jedes Wort wahr. Eruche die Potsdamer Kollegen, für ihre Beschuldigung Beweise zu erbringen. Ebenso dafür, daß ich den Zigarettenfabrikanten Franz Puhlmann schädigen wollte.

Fürstenberg a. O., 1. November 1913. Max Kühne
Selbern. Da uns am Orte kein Lokal zur Verfügung steht und in der jetzigen Jahreszeit das Wetter nicht geeignet ist, Versammlungen im Freien abzuhalten, hat sich die Ortsverwaltung bereit erklärt, die Mitglieder durch den Tabakarbeiter über den Stand der Organisation am Orte zu orientieren. Zu diesem Zweck geben wir nachstehend die Abrechnung vom dritten

Jahrgang 1045 544 Bände. Von dem einzelnen Leser wurden im letzten Jahre durchschnittlich 16 Bände nach Hause entliehen und zwar 11 unterhalten und 5 beschriebene Bücher. Diese Ausleihziffern könnten leicht gesteigert werden, wenn die Verwaltung es sich aus wohlwolligen Erwägungen nicht zum Grundsatze gemacht hätte, jedem Leser - von Ausnahmefällen abgesehen - immer nur ein Buch mitzugeben.

Berichte.

Zastrow. Am 26. Oktober fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Wahl eines Hilfskassierers; 3. Verschiedenes. Die Abrechnung des Vorjahres wurde vom Kassierer, Kollegen v. d. Lin, vorgelesen; sie bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 878 M. Da die Prüfung die Richtigkeit der Abrechnung ergab, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt; auch wurde dem Kassierer, Kollegen v. d. Lin, für richtige Führung der Lokalkasse Entlastung gewährt. Als Hilfskassierer wurde der Kollege B. Schmidt gewählt. Unter dem Punkt Verschiedenes forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, zur Krankentafelwahl, die am 11. November von 12-4 Uhr nachmittags stattfindet, vollständig zu erscheinen und somit die ungültig gemachte Wahl wieder zu unserem Gunsten ausfallen zu lassen. Auch wies der Vorsitzende auf den am 15. November stattfindenden Theaterabend hin, welcher vom Bildungsausschuss arrangiert wird. Ferner wurden zwei Unterstufungsarbeiten aus der Lokalkasse besprochen. Auch wird die Heimarbeit stark kritisiert, da diese hier immer mehr und mehr Boden gewinnt und den Fabrikarbeitern zum Nachteil wird. Hierzu wurde folgende Resolution von der Versammlung angenommen: „Wir erkennen an, daß eine weitere Ausdehnung der Heimarbeit in der Tabakindustrie bekämpft werden muß, da sie für die Kollegen und sämtlich in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter große Schädigungen und Nachteile mit sich bringt. Es ist Tatsache, daß durch die Heimarbeit das feste Gefüge der Organisation lockert wird. Auch wirkt sie schädigend für die Gesundheit der Familienangehörigen.“ Zu diesem Punkt wurde noch der Antrag eingebracht, daß der Gauleiter einen Vortrag über „Aufklärung über die Heimarbeit“ in nächster Zeit halten soll. Es wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Gingegangene Literatur.

„Die Bestrebungen und Erfolge des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.“ Eine kurze Darstellung des Zweckes, der Entwicklung, der Kampfsmittel und der seither erzielten Erfolge des Verbandes. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Berlin 1913. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Preis 40 S.

Von den Abhandlungen und Vorträgen zur sozialistischen Bildung, herausgegeben vom Genossen Grünwald, ist soeben Heft 10 erschienen, in dem Georg Stiefeloff „Marx und die Anarchisten“ behandelt. Das Heft gibt eine sehr gewissenhafte historische und theoretische Zusammenfassung, die heute nicht nur geschichtliche, sondern auch einen großen aktuellen Wert besitzt. Wir erinnern nur, daß viele derartigen Probleme, die im Gegensatz zu Marx von Proudhon, Bakunin, Kropotkin, heute bei den Fragen des Syndikalismus, und des Antiparlamentarismus erneut eine große Rolle spielen. Stiefeloff behandelt diese Fragen in einer ruhigen und sachlichen Art, so daß, wie man auch immer zu den Problemen selbst stehen mag, man das Neueste mit großem Nutzen lesen und für die eigene Fortbildung verwenden kann.

Das Heft umfasst 70 Seiten und kostet bei der bekannten guten Ausstattung dieser Sammlung nur 50 S. Es ist durch unsere Buchhandlung und durch alle Holzverkäufer zu beziehen.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 5. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Partei und die Jugend. Von H. Kimmig. — Sozialdemokratische Platte und anarchische Ware. Ein Beitrag zur Parteigeschichte. Von R. Hofmann. — Die Konfessionsfrage und ihre Wirkungen auf die links- und rechtsrheinischen Industriezweige. Auch ein Beitrag zur Fahrplanbestimmung. Von Georg Schumacher. (Schluß). — Inorganisierte und Massaktionen. Eine Erwiderung von Joseph Ernst. — Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse in England. Von August Mai. — Literarische Rundschau: S. Mendel, August Bebel. Von F. Kautsky. Jean Longuet, Le mouvement socialiste international. Von G. Stiefeloff.

Ergänzungsheft zur Neuen Zeit Nr. 17: Aus der Vorgeschichte der Internationalen. Von H. Kimmig.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 S.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist soeben Nr. 3 des 24. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Schlussrechnung. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. IX. Von Anna Los. — Zur Frage des Geburtenrückgangs. I. Von Luise Eichhoff. II. Von Frieda Wulff. III. Von Comperre-Morel. — Die Ergebnisse der Krankentafelwahlen. Von F. Kl. — Bei den Spielmarzennachern im sächsischen Erzgebirge. Von Elise Wolke. — Süß und ehrenvoll ist es, fürs Vaterland zu sterben. Von Kz. — Aus der Bewegung: Eine Frauenkonferenz für den Bezirk Ober-Langensielau. — Bericht über die sozialdemokratische Frauenbewegung im 16. sächsischen Kreise. — Ferienkonzertange der Mainzer Kinderjuchkommission. Politische Rundschau. Von a. th. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Arbeitslosenräumung im Deutschen Zertifikatsverband. Von sk. — Aus der Holzarbeiterbewegung. Von Hk. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Anstalten.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Georg Büchner. Von Otto Krille. (Schluß). — Kinderbielen „milder“ Volkskammer. Von L. L. — Für die Hausfrau. — Die rheinischen Weinläufern. Von Georg Weerth. — Feuilleton: Das Gleichnis vom Wasserbeden. Von Edward Bellamy.

Für unsere Kinder: Novemberabend. Von Bruno Wille. (Gedicht). — Wenn die Mäuer wiederklommen. Von W. Genteritz. — Mutterliebe. Von Ida Negri. (Gedicht). — Eines Nachhubs Freud und Leid. Von Felix Wonsart v. Schellendorf. (Fortsetzung). — Nach Italien. Von Max Bartel. — Bräuer Braun. Von M. Hirsch-Kandler. — Mein hinterm Baum. Von Emma Ditz. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 S. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 S.; unter Kreuzband 85 S. Jahresabonnement 2,00 M.

Protokoll des Parteitages Jena 1913. Das Protokoll des Parteitages ist soeben erschienen. Durch die Wichtigkeit der Verhandlungsgegenstände wird dasselbe sicher ganz besonderem Interesse begegnen. Die Verhandlungen über: Arbeitslosenfürsorge — Wehrverlegen — Dedungsvorlagen — Waffenstreit und vieles andere werden in den Reihen aller politisch interessierten große Beachtung finden. Besonders auch die Arbeiterbibliotheken seien auf das Protokoll hingewiesen.

Der Preis beträgt 2,50 M., gebunden 3,50 M., Vereinsausgabe: 1,25 M., gebunden 1,75 M. Zu beziehen ist das Protokoll durch alle Buchhandlungen.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1914. Von Jahr zu Jahr steigert sich die Beliebtheit dieses von unserem Berliner Parteiverlag herausgegebenen Taschenbuches für Arbeiter, was durch die immer regere Nachfrage am besten bewiesen wird. Der Verlag hat es sich angelegen sein lassen, den Inhalt des Kalenders 1914 ganz besonders reichhaltig zu gestalten.

Dem Andenken August Bebel's ist ein gut ausgeführtes Porträt im Vierfarbendruck mit einer kurzen Schilderung des Lebens gewidmet. Die Abhandlungen behandeln folgende Themen. Wie erzieht man die Jugend zu freien, selbstbewußten Menschen, von Emil Sonnenmann. — Krankheitsversicherung und erste Hilfe, von Dr. F. Zabel. — Schiffs- und Gewerkschaften, von Karl Treter. — Der Reichstag, von Ernst Dünning. — Außerdem enthält der Kalender u. a.: Alle für Arbeiter wichtige Adressen. — Reichhaltiges statistisches Material über die Reichstagswahlen 1912 und die Nachwahlen. — Biographische Notizen der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. — Die Gewerkschaften im Jahre 1912. — Kalenderium, Geschichtskalender, Portolage, Werkstätten, Notizbuch. Der Preis des dauerhaft gebundenen Kalenders beträgt 50 S. Alle Buchhandlungen, Expeditionen, Kolportage halten den Kalender vertriegl.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.

Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einreich- und Verleihenungen nur an M. Niederwiesing, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankanstalt der Groß- und Kleinhändler deutscher Kaufleute in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav Alendorff, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Anstich bestimmte Aufschriften sind an Emil Eicken, Altona-Ottensen, Friedensallee 46 I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Gesucht wird, der Aufenthalt ist anzugeben: Von dem Zigarrenmacher Jean Snieber aus Wageningen (Holl.), eingetr. am 1. 1. 1910, Buch S II 11 024. (S. 2140, 10 S. 13.) Von dem Zigarrenmacher Josus Peterzen aus Ebersdorf, eingetr. am 31. 7. 09, Buch S II 29 513. (S. 2132, 6 S. 13.) Von dem Zigarrenmacher Joh. Jungblut aus Iffum (Holland), (S. 2507, 10 S. 13.)

Zu konstatieren und einzulösen ist: Die Wanderkarte, lautend auf Viktor Federowich aus Potsdam, Buch S II 30 688, eingetr. am 4. 8. 1911. F. hat in Ludenwalde zu Unrecht eine Wanderkarte erhalten. Diese Wanderkarte enthält außerdem eine Eintragung, nach welcher der Inhaber Maßregelungsunterstützung beziehen kann. Diese Eintragung ist falsch, und sei deshalb mitgeteilt, daß F. nicht gemahregelt ist. Es darf deswegen keinerlei Unterstützung ausbezahlt werden. Diejenigen Bevollmächtigten, die schon vor dieser Bekanntgabe Unterstützung ausbezahlt haben, wollen uns davon Mitteilung machen und den Betrag angeben. Man ziehe die Wanderkarte ein. (S. 2428, 1 S. 13.)

Ausgeschlossen wurde: Nach S 13 a in Stolz i. Roum. der Zigarrenmacher Emil Peritz aus Stolz, eingetr. am 22. 3. 09, Buch S 78 422. (S. 2181, 10 2263, 11 2430, 12 S. 13.) Der Verbandsvorstand.

Abrechnungen vom dritten Quartal gingen beim Vorstand ein in der Zeit vom 28. Oktober bis 3. November.

Gau Hamburg: Blankene, Osdenburg, Uetersen.

Gau Braunschweig: Erxleben, Großheere, Teflau, Helmstedt.

Gau Nordhaußen: Unterrieden.

Gau Gersford: Holfen, Soest, Hohenhausen, Niederbecken, Oberbecken, Ventorf, Klein-Nöhen, Nüstet, Hüllhorst, Etst-Duernheim, Gr.-Nöhen, Berthel, Zenginghausen.

Gau Köln: Kreuznach.

Gau Frankfurt a. M.: Koth, Bad Orb, Langenfeld, Wiesbaden.

Gau Hildesberg: Osterheim, Lampertheim.

Gau Offenburg: Lahr.

Gau Karlsruhe: Stuttgart.

Gau Gersford: Leuchern, Apolda, Wintersdorf, Greiz, Lobenstein, Meuselwitz, Klein-Schnackenberg, Gönitz.

Gau Dresden: Torgau, Bischofswerda.

Gau Pommern: Priebeus, Birnbaum, Glash, Grünberg i. Schl.

Gau Berlin: Pöbbeck, Sommerfeld, Schmöllern, Jastram, Sorau, Rührin, Vrandenburg, Ludenwalde, Schönkante, Bernau, Danzig, Cottbus, Elbing, Veltin, Senftenberg.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 4. November die Abrechnungen vom 3. Quartal noch nicht eingekandt:

1. Gau: Bremerhaven, Delmenhorst, Elmshorn, Lütkehen.
2. Gau: Helmarshausen.
3. Gau: Altmorichen, Banfried, Hebrade, Gabeje.
4. Gau: Ahle, Burgsteinfurt, Beseckamp, Wakenbrück, Jienstadt, Fr.-Döndorf, Westfäher, Nöhden, Schwenningdorf.
5. Gau: Dortmund.
6. Gau: Unteremischheim, Neulufheim, Heideberg, Philippsburg.
7. Gau: Hünningen, Junsmeier.
8. Gau: Müningen, Schornberg.
9. Gau: Kreuzburg, Eichenach, Cömeren, Colleda, Miska, Weida, Wejungen, Mersburg.
10. Gau: Deltisch, Gr.-Schönan.
11. Gau: Rathbor, Banjen, Ziske, Miloslaw, Grlitz, Trebnik.
12. Gau: Kalsch, Rusterhausen.
13. Gau: Kalsch, Rusterhausen.

Die Mitglieder und besonders die Gauleiter wollen darauf achten, daß die Einzahlung der Abrechnungen in den nächsten Tagen erfolgt, und daß in Zukunft die Einzahlung pünktlicher geschieht.

Der Vorstand.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen. R. = Verbandsbeiträge.

24. Oktober: Berlin B. 150.—, 25. Oktober: Neuruppin B. 100.—, Herzberg a. H. B. 200.—, 26. Oktober: Johannegeorgentadt B. 100.—, Rasthaufen B. 97,71, Parchim B. 100.—, Griesheim B. 50.—, Müchsen B. 50.—, Lübau B. 100.—, Poltd B. 150.—, Dresden B. 400.—, 27. Oktober: Rettelstedt B. 35.—, Niederbessen B. 250.—, Babbenshausen B. 140.—, Erxleben B. 70.—, Lemgo B. 110.—, Teuchern B. 45.—, Gerrode B. 50.—, Dreieken B. 80.—, Hüllhorst B. 60.—, Leipzig B. 300.—, Jastram B. 650.—, 28. Oktober: Elbing B. 100.—, Blankene B. 40.—, Torgau B. 70.—, Glesien B. 200.—, Dettinghausen B. 125.—, Erxleben B. 150.—, Zeitz B. 75.—, Neuhaus B. 200.—, Sorau B. 75.—, Holfen B. 300.—, 29. Okt.

Verichtigung. In Nr. 43 des Tabak-Arbeiters muß es unterm 12. Oktober heißen: Karlsruhe 150.— M., statt 100.— M.

tober: Drantenbaum B. 200.—, Berlin B. 300.—, 30. Oktober: Bremen B. 850.—, Hagen b. Pyrmont B. 175.—, Hamburg B. 100.—, 31. Oktober: Osterheim B. 100.—, Glash B. 80.—, Bremen, den 3. November 1913.

Adressen der Bevollmächtigten.

Erxleben (2): 1. Bev. Fritz Alwe, 2. Bev. Alf. Schäfel.
Holfen (4): 1. Bev. Heinrich Behrenkemper, Holfen Nr. 130.
Stuttgart (9): Alf. Zischler sind an den 1. Bev. Moys Weder, Stuttgart-Berg, Kanalstr. 21, I., zu richten.
Hüllhorst (4): Alf. Zischler sind an Christian Kahr, Hüllhorst Nr. 117, zu richten.
Senftenberg (13): 1. Bev. Ernst Meise, Rathausstr. 2.

Erwerbslosenerstützung wird ausbezahlt:
Stuttgart: Beim 1. Bev. Moys Weder, Kanalstr. 21, Samstag von 4-6 Uhr nachmittags.

Arbeitsnachweise.

Die Bureau befinden sich:

Für den Gau Hamburg:
Altona: Gottlieb Oberlap, Bureau: Gimsbittelstraße 10.
Für Bremen:
Bremen: Heinrich Bobbmann, Kaufstr. 58/60 I, Zimmer 13. Sprechstunden: 8½ bis 10½ vormittags und 7 bis 8 Uhr abends.

Für den Gau Braunschweig:
Braunschweig: Ernst Sparlake, Gobeisbergstr. 4 v. Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Zureisende dort Arbeitslosenunterstützung.

Für den Gau Nordhaußen:
Nordhaußen: Verbandsbureau: Volkstraße 14.

Für den Gau Gersford:
Gersford: Wilhelm Schüller, Bureau: Kurfürstenstraße 3.

Für den Gau Köln:
Köln: Ludwig Meier, Heinrichstraße 27 III.

Für den Gau Frankfurt a. M.:
Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Gneisenaustr. 113 II.

Für den Gau Offenburg:
Offenburg: Georg Durhan, Wehagenstr. 15 II.

Für den Gau Hildesberg:
Hildesberg: Gauleiter Ehrh. Stodt, Kaiserstr. 67, 615. Mannheim: Ferd. Dahms, H. b. Nr. 22.

Für den Gau Karlsruhe:
Karlsruhe: Ad. Heising, Werderstraße 95, vrt.

Für den Gau Gersford:
Gersford: Anton Heising, Hildesbergstraße 29. Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.

Für den Gau Dresden:
Dresden: Josef Tommer, Mühlentorstr. 2111, Zimmer 34. Für Sortierer: Walter Noß, Dresd.-Pöbbeck, Torgauerstraße 56, vrt. Sprechzeit: 12-1 Uhr mittags und 6-7 Uhr abends; an Sonnabenden nur 3-6 Uhr nachmittags.

Für den Gau Pommern:
Pommern: Wilhelm Kramer, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17 II, Zimmer 39.

Für den Gau Berlin:
Berlin: Wilhelm Tschuschner, Berlin. Bureau: Dragonerstraße 6a, vort. II, v. c.

Alle Arbeitsuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Arbeitsnachweis für Sortierer und Ristenbekleber

Dresden: Otto Kempnich, Reichenstr. 53, Seitenhaus 1.
Hohenheim: Ost. Scheffler, Parlt. 46.
Brieg: Ankunft in Arbeitsangelegenheiten für Sortierer erteilt Carl Souste, Neuhäuser 56.
Altenburg (S.-A.): Ernst Kirmse, Jungferngasse 63 II.
Berlin: Otto Krämer, Berlin N.O. 55, Grieswalderstr. 195.
Gersford: Otto Ehrlich, Altona. 18 v.
Apolda: Edm. Döring, Buttstädtstr. 41.
Mittweida: Walter Raabe, E. d. n. 79.
Treffurt a. Werra und Schnellmannshausen: W. Camps, Treffurt an der Werra.
Gammendingen: Karl Kienle, Mühlentorstr. 31.

Arbeitsangebote.

Eine tüchtige Wickelmacherin, auf mehrere Fassons geübt. Lohn 3-4 M pro Wike. Nachfragen beim Arbeitsnachweis Fran, Schnell, Frankfurt a. M., Gneisenaustr. 113, II.

Mitglieder-Versammlungen.

Sticht den gerechnheitsmäßigen Versammlungsschwänzern, wo ihr sie trefft, auf's Dach und laßt ihnen, was sie zu tun haben! Sonntags, den 8. November: Blinde: Ab. D. b. Ch. Freie. L.-D. sehr wichtig! Sonntag, den 16. November: Dröke i. L.: Nachm. 1½, b. Heimbecher. L.-D. wird dort bekannt gegeben. Montag, den 17. November: Lemgo: Ab. S. b. Schröder. Ref. Gaufr. Nachl.

Oloibo-Valdorf-Bonneburg.

Oeffentliche Versammlung

aller Tabakarbeiter und Tabakinteressenten am Sonntag, den 9. November, abends 8½ Uhr, im Kaiserfaal. Tagesordnung: 1. Arbeitslosigkeit und Not der Tabakarbeiter im kommenden Winter. Referent: Gauleiter Schüller-Gersford; 2. Kann die Gemeindevertretung helfen? Ref.: Stadtverordneter Biding. Die Stadtverordneten und Gemeindevorsteher sind eingeladen. Der Gauleiter.

Gestorben:

Am 22. Oktober zu Landsberg a. W., Paul Arabell aus Schwerin a. W., 52 Jahre alt.
Am 22. Oktober zu Altona, Heinrich Schröder aus Ederndorf, 64 Jahre alt.
Am 27. Oktober zu Pirna, Marie Brade, geb. Jänicken, aus Pirna, 63 Jahre alt.
Am 28. Oktober zu Altona, Frau Anna Günther aus Kloppeburg, 59 Jahre alt.
Am 30. Oktober zu Altona, Frau Jenny Feige aus Altona, 57 Jahre alt.
Am 1. November zu Hausberge (Zahlelle Winden), Heinrich Kurlbaum aus Hausberge, 54 Jahre alt.
Am 2. November zu Neuruppin, Fritz Schramke, 19 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

Rohtabak

Utensilien

Direkter Einkauf geschlossener Partien in den Einschreibungen • Denkbar grösste Auswahl aller Sorten • Allerniedrigste Verkaufspreise • Lange Zeit anhaltende Vorräte • In jeder Preislage Qualitätsmarken • Sorgfältigste und schnellste Lieferung

Mein November-Katalog liegt dieser Zeitung bei!

Gediegen hergestellte Fabrikate von grösster Dauerhaftigkeit!

Wickelformen: neue zu Originalfabrikpreisen

Gebrauchte Formen

alle Fassons vorrätig, niedrige Verkaufspreise, Musterbogen gratis und franko, sorgfältigste und schnellste Lieferung

Studieren Sie meinen Katalog aufs genaueste u. bestellen Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort Muster!

Heinrich Franck, Berlin N 54

Gegründet 1879

Brunnenstrasse 22

Telephon: Norden 4352

Gauleiter-Gesuch.

Durch die Wahl des Kollegen Stok zum Arbeiterssekretär ist die Gauleiterstelle für den Gau Heibelberg (St. Heibelberg) neu zu besetzen, und suchen wir zum baldigen Antritt einen Gauleiter für diesen Gau. Bewerber, die organisiert und der Tabakbranche angehören müssen, wollen ihre Bewerbung, versehen mit einem Aufsatz über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und den Aufgaben eines Gauleiters bis zum 22. November d. J. an C. Deichmann, Bremen, Heilstr. 58/60 II, Zimmer 32, einreichen.

Die Anstellungsbedingungen regeln sich nach den Beschlüssen der Braunschweiger Generalversammlung.

Bremen. Der Vorstand. J. A. C. Deichmann.

Besonders billige Offerte!

Java-Umblatt: A Joe Cc 1, leichter feiner Bezoeki pro Pfd. M. 1.30
Vorstenlanden-Decke: Djiwo/C 2, schöner ergiebiger Kehrroller pro Pfd. M. 1.50
Java-Einlage: Satren/B, feiner Qualitätstabak, Ersatz für feinsten St. Felix pro Pfd. M. 1.—
Sumatra-Sandblatt: TTR Langkat/V 2, mausgrün, allerfeinste Farben pro Pfd. M. 10.—

Wägener & Co. • Bremen.

Schöne Studienhefte
Rippen, Rücken, Kopfstücke, Schrauben, Ohren, fleischige Beine) hoch gefaltete, garantiert tiefe Ware, 10 Pfd. Postfrei M. 3.20, Säbel mit 25 und 50 Pfd. Inhalt Pfund nur 32 M.

Goldener Holländer Käse
laffig, kein Kunstprodukt, sondern Naturware, netto 9 Pfd. M. 3.95 ab hier unter Nachnahme.

Sehrer's Roggenbrot
Kortorf (Holl.) Nr. 632b.

F. Reil Bremen

empfehle sämtliche Tabake zu anerkannt billigen Preisen:

Sumatra-Decker (Schneeweiss-Strand) 180, 200, 220, 250, 280, 300-450 M. Sandblatt hell, 200, 250 M. Umblatt (Wollblatt) 145, 150, 160, 170 M. Sandblatt 130, 140 M. Vorstenland-Decker 170-400 M. Java-Umblatt (leicht, hochfein) 115, 120, 125, 130, 140, 145, 150-180 M. Einlage 95, 100, 105, 110, 115 M. **Brasil-Decker** 225 M. Einlage und Umblatt 130, 135, 140, 150, 160 M. **Meriko-Decker** 280 M. **Java-Cuba** 160, 170 M. **Domingo** (leicht) 100, 105, 110, 115, 120 M. **Garmen** 100, 105, 110, 120 M. **feinestes Umblatt** 140, 145 M. **Losgut** (Holl.) 95, 100, 110, 120 M.

Borrmann & Specht
Rohtabak • Bremen
Preiswerte Bezugsquelle aller Sorten ausländisch. Tabake.
Wer Geld verdienen will, wer Geld sparen will, mache einen Versuch.
Versand und gegen Nachnahme.

W. Hermann Müller Berlin, Magazlntr. 14.

Besonders preiswertes Angebot!

Vorstenlanden - Kehrdecker

hellgraue Farben, schneeweisser sicherer Brand
Djiwo Mk. 2.25 pro Pfund
Troetjoek Mk. 2.15 pro Pfund

Ferner empfehle

Gebrauchte Formen in sehr vorteilhaften Fassons je nach Ausfall von Mk. 0.40 per Stück an Bemusterte Offerte sofort :-: gratis und franko :-:

Offerierte div. hundert Zentner

gemischte fertige Zigarreneinlage

pro Pfund 95 M., bei Abnahme von 100 Pfund 90.— M. Franko Zufendung. Hochfeine Mischung zu 5 M-Zigaren. III. Preisliste gratis und franko. Versand nur unter Nachnahme.

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Bestes Rohtabak-Verandgeschäft der Provinz. — Begr. 1886.

Hermeking & Boy

— Berlin, Brunnenstrasse 183 —
Besonders preiswertes Angebot:

Sumatra - Vollblatt - Decken

Hochfeine fahle 2. Länge, sehr grosse Deckkraft à 700 M.
Hochfeine lebhafte 2. Länge à 600 M.
Hochfeine elegante 2. Länge à 550 M.
Hellfarbige 2. Länge, grosse Deckkraft à 300 M.
Linksroller, 2. Länge à 250 M.
Linksroller, 3. Länge à 250 M.

Vorstenland- und Java-Decken

Kehrdecker, ganz fahl, sehr grosse Deckkraft à 400 M.
Kehrdecker 2. Länge, duffe Farben à 300 M.
Kehrdecker 3. Länge, lebhafte Farben à 200 M.
Kehrdecker 2. Länge, durchweg matte Farben à 200 M.

Sumatra- und Vorstenland-Umblatt

schönes Material, sehr ergiebig à 160 und 180 M.
sowie in allen anderen Sorten zu allerbilligsten Tagespreisen.
Verlangen Sie Bemusterung.

Drucksachen aller Art liefert schnell und billigst Schmalefeldt & Co., Bremen.

Wichtig für Händler u. für Zugabe-Artikel.



Taschenuhren von M. 1.80 bis 3. feinst. Wand-, Stand- und Weckeruhren, Taschenuhren, Feuerzeuge, Rasterapparate, Nickel-Service, Spritzmaschinen, u. Schallplatten. Katalog nebst Engros-Preisliste versch. gratis und franko.

H. Krell, Magdeburg 18
Uhren en gros — Export.

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482
— anerkannt reelle, billige —
Bezugsquelle sämtlicher Tabake
empfehle

Sumatra-Decker (Schneeweiss-Strand) 180, 200, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500 M.
Sumatra-Umblatt (Wollblatt) 140, 150, 160, 170 M. Sandblatt 130, 140, 150 M.
Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350 M. (mittel) 200, 230, 240, 250 M.
Java-Umblatt (leicht, hochfein) 115, 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 M.
Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115 M.

Vorstenland-Decker 180, 200, 280, 240, 260, 270, 300, 320, 350 M.
Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240 M.
Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170 M.
Geschnittene Einlage 110 M.
Garmen-Umblatt 105, 110, 120, 130, allerfeinstes Umblatt 140 M.
Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130 M.
Seedleaf 110, 120 M.
Langkat (Holl.) 95, 100 M.
Original-Mischung 105, 110, 120 M.
Havana 150, 200, 250, 300, 400 M.
Decker 650 M.
Java-Cuba (saucr) 180, 200, 230 M.

Geldnot

ist das allgem. Uebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so sparen Sie am rechten Fleck. In dem

Kleiderhaus M. Diamand München, Buttermehlerstrasse 5 erhalten Sie von Millionären, Kavaliern, Doktoren nur wenig getrag. reinwollene massgearbeitete Herrenkleider. Verlangen Sie kostenlos meinen Katalog Nr. 38 und Sie werden daraus ersehen, welche grossen Vorteile ich jedemann biete.

Kein Risiko! Da ich für nichtkonvenierende Waren anstandslos das Geld zurück-erstatte oder bereitwillig auf Wunsch umtausche.

August Durlacher

Mannheim 2, B. 7, 9
Alle Sorten Tabake verzollt und versteuert inkl. Wertsteuer. Reelle Bedienung. Versand gegen Nachnahme. mit 3% Skonto. Abgabe jeden Quantums. Gr. Formenlager.

Hermann Breier

aus Dorf-Abbenstedden, Bezirk Magdeburg, wo steht Du? Um Deine Adresse bittet Dein Bruder.

Die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung unserm Kollegen Wilhelm Brindmann nebst Braut. Die Kollegen der Zahlstube Detmold.

Briefkasten.

Erlleben 50
Detmold 60